

Zweite Abtheilung.



D a s

Privat-Kirchenrecht.

Ernst R. R. R.

D. 3

Ernst R. R. R.

Von der öffentlichen Verfassung der katholischen Kirche, wovon bisher in dem öffentlichen Kirchenrecht die Rede war, kommen wir nun auf die rechtliche Verhältnisse einzelner Individuen der Kirche, wovon in dem Privat - Kirchenrecht die Rede ist.

Das Privat - Kirchenrecht handelt daher a) von geistlichen Personen; b) von geistlichen Sachen; c) von geistlichen Gerichtshändeln.

Von geistlichen Personen.

§. I.

Geistliche Personen im eigentlichen Verstande sind jene, welche durch eine besondere feierliche Handlung, die man Weihe nennt, unmittelbar zum Religionsdienste bestimmt werden,

Wer gewisse Verbrechen und Mängel auf sich hat, dem verbieten die Regeln der Kirche die Weihen zu empfangen, oder die empfangene auszuüben, er ist **irregular**.

Solche Verbrechen sind 1) Mißbrauch der Taufe, 2) der Weihen, 3) Ketzerei, 4) Uebertretung geistlicher Sanftmuth durch unmittelbaren oder mittelbaren, freywilligen, ungerechten Todschlag oder Verstümmlung, 5) alle Verbrechen, die infam machen, z. B. Aufruhr,

Mängel, die irregular machen, sind a) gänzliche Schwachheit des Geistes, b) wichtige Gebrechen des Körpers, c) uneheliche Geburt, d) Abgang des erforderlichen Alters, e) Mangel an natürlicher, bürgerlicher, oder kanonischer Freiheit, z. B. bei Verheuratheten, Vormündern, Mönchen, oder andern Geistlichen; f) Mangel an einem Tischtitel, der in Baiern nur mit Einwilligung des Landesherrn und nur für die baierische Staaten gegeben wird. — Dafs der Tischtitel auch den Fall eines künftigen Verbrechens einschliessen soll, heifst die Geistliche zu Verbrechen auffordern, oder wenigst gleichgiltig gegen dieselbe machen.

§. 2.

Wer weder unfähig, noch irregular ist, kann die Weihen empfangen, und zwar a) die gröfsere nur von einem Bischofe, b) zur bestimmten Zeit, und c) nach vorhergegangener Prüfung. — Die

Kirche wünscht würdige Geistliche. Das Kirchenrecht untersagt ihnen daher 1) übertriebene, berufstörende Jagdliebe, 2) unnöthige Waffenführung, 3) schmutzige Handwerke, 4) ordentliche Ausübung der medizinischen, chirurgischen, oder auch der juridischen Praxis, 5) Wucher und Geiz, 6) unsittliche, öffentliche oder heimliche Gesellschaften, und Schauspiele, 7) unanständige Kleidung, 8) Trunkenheit, 9) Müßiggang, 10) Unkeuschheit, und 11) selbst die Ehe.

§. 3.

Mit dem Verbot der Ehe oder Cölibat wollten schon seit Pabst Gregor VII. nicht alle Geistliche ganz zufrieden seyn. Doch die Cölibatsfreunde suchen das Verbot der geistlichen Ehen mit folgenden Gründen zu unterstützen. Sie berufen sich 1) auf ein allgemeines, zu allen Zeiten für den ehelösen Stand, besonders der Religionsdiener, sich erklärendes Menschengefühl, 2) auf Grundsätze und Beispiele des alten und neuen Bundes, und der ältern und neuern Kirchengeschichte, 3) auf die bei gottesdienstlichen Verrichtungen nothwendige Reinigkeit des Körpers und Geistes, 4) auf den mit den Zerstreuungen des Ehestandes unvereinbarlichen geistlichen Beruf, 5) auf den Vorzug

des geistigen Vergnügens vor dem Sinnlichen, 6) darauf, daß der Ehestand nicht allemal ein hinreichendes Mittel gegen Ausschweifungen sei, 7) auf die Unschädlichkeit des Cölibates in Hinsicht der Bevölkerung, 8) auf die Schädlichkeit des Ehestandes in Hinsicht der Versorgung der geistlichen Nachkommenschaft, 9) auf Gesetze der griechischen und lateinischen Kirche, 10) auf ein Conclusum des Reichshofraths vom 28ten April 1784, 11) auf eine schriftliche und mündliche Erklärung Kaiser Josephs II., 12) auf das dermalige Frankreich.

§. 4.

Die Gegner des Cölibat - Gesetzes finden die eben angeführte Gründe nicht hinreichend: Sie sagen: a) Das so hoch angerühmte Menschengefühl ist einseitig, und gründet sich mehr auf zweideutige Beispiele, als auf Vernunft. b) Im alten und neuen Bunde findet man kein Gesetz des Cölibates. — Paulus gab nach damaligen Umständen den Rath, ehelos zu bleiben, aber kein Gebot. 1. ad Cor. cap. 7. — Einzelne Beispiele sind keine Gesetze. c) Die Ehe ist ein Sakrament, wie die Priesterweihe. Sie verunreinigt also weder den Geist, noch den Körper. d) Die geistlichen Berufsge-

schäfte sind mit dem Ehestand gar wohl vereinbarlich. Dieses beweisen die griechische Priester, und die protestantische Geistliche. e) Das Cölibatgesetz ist nicht nothwendig, und nicht für jedes Individuum passend, folglich zu einem allgemeinen Gesetze nicht geeignet. In diesem Punkte soll sich jeder nach seinem eigenen Selbstgeföhle richten dürfen. f) Bis zum fünften Jahrhundert war der Cölibat kein Gesetz. Mit dem Mönchthum fieng es an, fand aber noch im eilften Jahrhundert heftigen Widerstand. — Doch Gregor VII. gab aus dem politischen Grunde nicht nach, weil die Kirche durch die Ehen der Geistlichen zu sehr abhängig von den weltlichen Staaten würde. — g) Ehelosigkeit tödtet den Patriotismus, weil der Ehelose durch kein Naturband an seinem Vaterlande hängt. h) Die Geistliche könnten im physischen und moralischen Sinne die besten Väter werden, und viele gute Köpfe würden den geistlichen Stand wählen, wenn sie nicht durch das Cölibatgesetz abgeschreckt würden.

Das Resultat dieser Gründe und Gegengründe mag sein, 1) dafs man zwar eine gänzliche Aufhebung des Cölibates noch lange nicht hoffen könne; 2) dafs man aber zur Vermeidung fernerer

Skandale die dermalige misvergnügte Geistliche in den Laienstand zurücklassen; hingegen für die Zukunft bei den Geistlichen auf moralische Bildung, auf litterarische Beschäftigung, und auf ein höheres Alter Rücksicht nehmen soll.

§. 5.

Der geistliche Stand hat nicht nur allein Pflichten, sondern auch Privilegien: und zwar 1) das Privilegium Canonis, wodurch jener in den Kirchenbann verfällt, der eine geistliche Person schlägt. — Nicht allein die zu grofse Ausdehnung, sondern selbst der Grund, daß Schlägereyen bürgerliche Verbrechen sind, macht dieses Privilegium, wenigst in Hinsicht des Kirchenbannes, heut zu Tage unwirksam.

2) Das Privilegium Servitiorum, Befreiung von ganz weltlichen persönlichen Dienstleistungen.

3) Das Privilegium competentiae, Beibehaltung der bürgerlichen Freiheit und des standesmässigen Unterhaltes im Falle einer Verschuldung.

4. Das Privilegium fori, Befreiung geistlicher Personen von weltlichem Gerichtsstande, Doch

gilt das nur in jenen Fällen, die ganz geistlich, und in jenen Verbrechen, die dem Staate nicht nachtheilig sind. Ein geistlicher Staatsverbrecher wird vorher vom Bischofe degradirt, und dann dem weltlichen Gerichte übergeben. — Ueberhaupt muß dieses Privilegium nicht zu weit ausgedehnt, und in bürgerlichen Fällen bei uns auf die Einschränkungen des baierischen Landrechtes Cod. jur. c. 1. §. 12. gesehen werden.

Das Privilegium der Steuerfreiheit ist heut zu Tage so viel als zurückgenommen, und welcher gute Geistliche wird eine Bedenklichkeit finden, mit seinen Mitbürgern die gesellschaftliche Lasten zu tragen, da er mit ihnen an allen gesellschaftlichen Emolumenten Theil hat? Die Immunitätsgründe der älteren Kanonisten verdienen kaum mehr eine Widerlegung.

§. 6. 7. 8.

Mit Privilegien allein wäre dem geistlichen Stande nicht geholfen. Er muß auch eine bestimmte Versorgung haben. „Wer, sagt der Apostel Paulus 1. ad Cor. zieht in Krieg auf seinen eigenen Sold? Wer weidet eine Heerde, und isst nicht von der Milch derselben? Wer dem Altare dient, muß auch von dem Altare leben.“

Anfangs bestund die Versorgung der Geistlichen in freiwilligen Opfern, dann in Gütern, welche die Bischöfe verwalteten, und in vier Theile, für sich, den Klerus, die Arme, den Kirchenbau theilten. — Der Klerus bekam nachher auch Pfarreien und Zehenten. — Die Verleihung der Pfarreien und anderer kleinerer Beneficien eignete die Observanz größtentheils den Bischöfen, jedoch nicht ohne landesherrliche Mitwirkung, zu.

§. 9.

Größere Beneficien z. B. Bisthümer wurden seit dem Kalixtinischen Vertrag meistens durch eine kanonische Wahl besetzt, wodurch die Bestimmung eines tauglichen Subjektes zu einer geistlichen Würde durch die Stimmenmehrheit nach Vorschrift des Kirchenrechts verstanden wird.

Die gewöhnliche Wahlart geschieht durch Stimmensammlung, Scrutinium, wobei eine absolute Stimmenmehrheit erfordert wird, z. B. wenigst 13 von 24. — Unter die ungewöhnlicheren Wahlarten gehören a) die Postulation, b) das Compromiss, c) die Inspiration.

Zur Postulation, welche bei einem vorwaltenden kanonischen Hinderniss Platz hat, werden zwey Drittheile der Stimmen erfordert, z. B. 16 von 24,

wenn Wahl und Postulation concurriren. Sonst ist bei der Postulation, wie bei der ordentlichen Wahl, nur eine absolute Stimmenmehrheit nothwendig. — Die Bestätigung einer kanonischen Wahl kann der Pabst nur dann abschlagen, wann, wie die Kirchenversammlung zu Basel sess. 23. erklärt, das öffentliche Wohl der Kirche oder des Vaterlandes so eine Abänderung verlangt.

Wenn die Wahl nach drei Monaten nicht vollendet ist, übt der Obere, dem das Bestätigungsrecht zukömmt, das Devolutionsrecht aus, wovon Wiese in seinem Handbuch des Kirchenrechts II. Th. S. 464. einen artigen Fall anführt.

§. 10.

Ein nicht kanonischer Weg zu grösseren und kleineren Beneficien war oft die Resignation zu Gunsten eines Dritten. Der Pabst und die Bischöfe begünstigten diese Resignationen. Aber 1) das Tridentinum sess. 25. cap. 15. de Reform. 2) die kaiserl. Wahlkapitulation art. 14. §. 1. und 3) eine kurbaierische Verordnung vom 14ten Februar 1803. verwerfen sie aus dem Grunde, weil dabei gewöhnlich mehr auf Nepotismus, als auf Verdienste gesehen wird.

§. II.

Zu deutschen Bischofswahlen schickten die Kaiser jederzeit ihre Gesandte nach dem deutlichen Ausspruche des Kalixtinischen Vertrages. —

Auch die Reichsvikarien konnten das, und können es noch. — In der letzten freisingischen Bischofswahl widersprach dieses der Erzbischof von Mainz aus folgenden Gründen:

1) Dieses Recht sei ein persönliches Kaiserrecht, das sich in dem Investiturrecht gründet.
2) Für die Reichsvikarien spreche weder die goldene Bulle, noch 3) die kaiserliche Wahlkapitulation, 4) auch Reichsobservanz nicht, weil ein einziger Fall von einer Bischofswahl durante Interregno vorkommt, nemlich vom J. 1410 zu Worms, und auch damals war kein Gesandter eines Reichsvikar gegenwärtig.

Aber für die Reichsvikarien läßt sich sagen:
a) Da die Wahl vor der Investitur geschieht, so übt der Kaiser dieses Recht nicht wegen dem Investiturrecht, folglich nicht als ein persönliches Recht aus. b) Der Kaiser übt dieses Recht aus zum Besten der deutschen Kirche, und des deutschen Reichs, damit Kirche und Reich kein unwürdiges Subjekt erhalten. Aber dieses Bedürfnis ist auch dringend

in einer Zwischenregierung. c) Die goldene Bulle und die kaiserliche Wahlkapitulation sind den Reichsvikarien doch auch nicht entgegen. d) Man will, und kann sich auch nicht bei so seltenen Fällen auf Reichsobservanz berufen. Man hat ja andere Gründe,

§. 12.

Bei Verleihung kleinerer Beneficien tritt manchmal das Patronatrecht ein, oder das Recht, welches Geistlichen und Laien, die zur Errichtung einer Kirche wesentliche Beiträge machen, zukommen kann, ein taugliches Subjekt zu einer bestimmten Kirche vorzuschlagen, welches sodann der Bischof, wenn kein kanonisches Hinderniß entgegen ist, einsetzen muß. Der Ursprung dieses Rechtes geht zurück bis auf das fünfte Jahrhundert, und die meisten Patronen waren von jeher adeliche Laien, die eine Kirche entweder gegründet, oder gebauet, oder dotirt, oder alles zugleich gethan haben.

Das Patronatrecht theilt sich a) in das geistliche und weltliche; b) in das dingliche und persönliche; c) in das erbliche und in das Familien-Patronatrecht, wovon Beides nur auf Stämme, nicht auf Köpfe geht. — Es hat dieses Recht seine Schranken und seine Vortheile, — Die Einschrän-

kungen sind, 1) dafs es streng bewiesen, und streng interpretirt werden müsse. 2) Dafs der Patronus für die Erhaltung der Kirche zu wachen, und wenn er von der Kirche einigen Genufs hat, im Nothfalle auch zu Wendung der Baufälle beizutragen habe. 3) Dafs ein weltlicher Patronus in vier, ein geistlicher in sechs Monaten ein Subjekt präsentiren müsse, weil sonst das Devolutionsrecht eintritt. — Die Vorthelle des Patronatrechts sind einige Ehrenrechte in der Kirche, z. B. Rang, Begräbnifs etc. und dann auch einige dingliche Rechte, z. B. Einsicht in die Kirchenrechnungen, Hilfe in der Noth, u. s. w.

Aber diese Hilfe soll sich nicht, wie doch oft geschieht, auf eine jährliche Pension für solche, die auch nicht arm sind, ausdehnen. Denn a) das Kirchenrecht hat lib. 3. Decret. einen eigenen Titel, dafs die Beneficien ohne Schmälerung ertheilt werden sollen. b) Das Tridentinum sess. 24. cap. 13. erlaubt nur einem armen Bischofe eine Aushilfe, also gewifs keinem reichen Patrone. c) Nur der soll erndten, der säet. d) Man hat daher solche Pensionen schon im Jahre 1536 als einen grofsen Mißbrauch angesehen.

Patronatsstreitigkeiten sind, was das Petitorium betrifft, bisher zwar noch immer von dem geistli-

chen Richter entschieden worden. — Aber in Oestreich entscheidet sowohl in Petitorio als Possessorio ganz allein der weltliche Richter, und zwar nach meiner Ueberzeugung mit Recht.

Denn 1) der Patronus macht nur die Designation eines tauglichen Subjektes zur Kirchenpfründe, und daran ist nichts Geistliches. Die Einsetzung in das geistliche Amt bleibt ja dem Bischofe. 2) Der Patronus thut, was einst bei Besetzung geistlicher Würden das Volk und die Fürsten thaten. 3) Ein Recht, das geerbt, verjährt, auch auf Frauenzimmer transferirt werden kann, ist an sich nichts Geistliches.

Vielleicht wäre, um allen Collisionen für immer ein Ende zu machen, der kürzeste Weg, alle Patronatrechte aufzuheben. Dadurch 1) würden Kirche und Staat bei Beneficienverleihung wieder in ihre ursprüngliche Rechte eintreten. 2) Die Patroni haben ohnehin nicht allemal die gehörige Einsicht über Tauglichkeit der Subjekte, 3) und sahen bisher oft mehr auf Eigennutz und Nepotismus, als auf Verdienste.

§. 13.

Als eine Art von Patronatrecht kann auch das Recht der ersten Bitte angesehen werden.

Es ist dieses das Recht eines deutschen Kaisers, in jedem geistlichen Stifte des Reiches einmal während seiner Regierung ein taugliches Subjekt zu einer vacanten, oder vacant werdenden Präbende cum effectu vorzuschlagen. — Dieses Recht scheint die deutsche Kirche den Kaisern als eine Vergeltung für den zu leistenden Kirchenschutz zugestanden zu haben.]

§. 14.

Aus diesem Kirchenschutze wird der Ursprung dieses Rechtes sicherer hergeleitet, als a) aus der kaiserlichen Obergewalt über die deutsche Kirchen, oder b) ex fundatione et dotatione Ecclesiarum Germaniae, c) oder aus einem Gewohnheitsrecht, d) oder aus einem päpstlichen Indulte.

§. 15.

Die Frage, ob dieses Recht auch den Reichsvicarien zukomme, hat zwar durch die Säkularisation einiges, aber doch, besonders in Baiern, noch nicht alles Interesse verloren. —

Wir eignen dieses Recht den Reichsvikarien aus folgenden Gründen zu:

1) Sie können sich hierüber eben so gut, wie der Kaiser, auf den, während dem Zwischenreiche
zu

zu leistenden Kirchenschutze berufen. 2) Die Stellvertreter treten ja auch in alle, nicht ausgenommene, Rechte desjenigen ein, dessen Stelle sie vertreten; 3) in Ehrenrechte, wie in lästige; 4) das Recht der ersten Bitte ist mehr ein Recht des Kaisers und Reichs zugleich, wie mehrere Diplome sich ausdrücken, als ein Recht des Kaisers allein, und die Reichsvicarien sind auch mehr Vicarien des Reiches, als des Kaisers; 5) die goldene Bulle Cap. 5. §. 1. giebt den Reichsvicarien *potestatem ad beneficia ecclesiastica praesentandi*. Und was ist das Recht der ersten Bitte anders — also ein Praesentationsrecht? 6) dem Kaiser ist in der goldenen Bulle Cap. 5. §. 1. nichts reservirt worden, als die Investitur in Fürsten- und Fahnlehen; 7) die Reichsvicarien üben mehrere dem Kaiser nicht reservirte, und in der goldenen Bulle nicht enthaltene Rechte aus, z. B. die Ertheilung der Adelsdiplome etc.; 8) die kaiserliche Wahlcapitulation will Art. 3. §. 14., „dass die Jura der Reichsvicarien nicht restringirt werden sollen.“ 9) Die Reichsvicarien haben daher dieses Recht bei jeder Gelegenheit, zwar mit öfterem Widerspruch des Kaisers, aber nie mit Widerspruch des Reichs ausgeübt.

§. 16.

Das Recht der ersten Bitte wirkt, a) wo immer eine öffentlich bekannt gewordene Vacatur ist, b) Aber die Preces müssen sodann in Zeit von einem Monat unter Verlust des Anspruches dem ordentlichen Collator insinuirt werden. c) Daher muß auch der ordentliche Collator ein ganzes Monat auf die Insinuation warten. d) Einfache Preces wirken nicht auf eine doppelte Praebende, weil eine solche gemeiniglich mit einer Dignität verbunden ist, auf die nur ein Mann von bewährten, dem Stifte schon länger geleisteten Diensten Anspruch hat. e) Ein Precist muß nicht allein kanonische Eigenschaften haben, sondern auch jene, welche die Observanz und Kapitel - Statute verlangen. f) Die eingetretene Säcularisation hat das Recht der ersten Bitte bey Protestanten, doch aber nicht bey Katholiken, ganz unwirksam gemacht. g) Für Precisten und Panisten, die sich schon gehörig insinuirt hatten, hat der Deputations - Hauptabschluß von 1803 mit einer verhältnissmässigen Pension gesorgt.

§. 17.

Ein ähnliches kaiserliches Recht ist das der Panisbriefe, worinn Laien auf Klöster des röm. Reichs zur Versorgung angewiesen werden. — Unter Ver-

sorgung wird a) die Befriedigung aller Bedürfnisse verstanden, und zwar b) ohne Gegenpflicht; c) auch wirkt das Recht der Panisbriefe nur, wo es Herkommens ist; d) die Säcularisation hat für die Zukunft die Panisbriefe ausser Kurs gesetzt.

§. 18.

Beneficium datur propter officium, sagt das kanonische Axiom. Es ist also jedes Beneficium mit gewissen Pflichten verbunden. — Jeder Beneficiat muß also a) das Glaubensbekenntniß ablegen, b) ein Kirchenamt übernehmen, welches bei Bischöfen in der Kirchenregierung, bei Kuratpriestern in der Seelsorge, bei Domherren, Chorherren und Mönchen im Chorgesange, bei einfachen Beneficiaten im Messlesen, oder Brevierbeten besteht. — Bischöfe und Seelsorger beten daher das Brevier nicht ex officio, sondern nur aus einer in der Kirche eingeführten Gewohnheit. Ob diese Gewohnheit auch bei Bischöfen und Seelsorgern zur Gewissenspflicht geworden sei, ist nicht so leicht zu bestimmen, weil sonst auch Laien, die mehrere Jahrhunderte hindurch mit den Geistlichen psallirten, sich durch diese Gewohnheit eine Gewissenspflicht zugezogen haben müßten. — Priester und Laien beten das Vater unser schon seit mehr, als achtzehn Jahre

hunderte, jedoch ohne Gewissenspflicht. — Bischöfe und Seelsorger geniessen ja ihre Beneficien nicht wegen dem Brevierbeten, sondern wegen erhabneren Berufspflichten. c) Die Seelsorger sollen wenigst alle Sonntage für ihre Untergebene Messe lesen. d) Alle Beneficiaten sollen an dem Orte ihres Beneficiums gegenwärtig seyn, wenn nicht Nothwendigkeit oder Nutzen eine Ausnahme machen. Trident. sess. 23. cap. 1. de Reform. e) Sie sollen endlich ihre Beneficial - Einkünfte zu keinen andern, als geistlichen und frommen Zwecken verwenden.

§. 19.

Daher wollen die meisten Kanonisten, daß kein Beneficiat von seinen Beneficialeinkünften etwas für seine Verwandte oder sonst ad caussas profanas zurücklassen solle:

1) Weil das, was ein Beneficiat nicht für sich braucht, den Armen gehört. 2) Diefs war auch der Zweck der ersten Stifter, und nicht die Bereicherung der Erben. 3) Daher die alte Eintheilung der Kirchengüter in vier Theile. 4) So entscheidet auch das Tridentinum sess. 25. cap. 1. de Reform.

Diesen Gründen ist aber entgegen: a) Was jemand durch Arbeit verdient, ist sein, folglich ir

seiner willkührlichen Disposition; b) was vom Staat kömmt, soll wieder frey in den Staat zurückkehren können. c) Der Geistliche ist seinen Verwandten Ersatz schuldig; d) für seine Verwandte und für das Wohl des Staates sorgen, ist ja auch ein frommer Zweck; e) das Tridentinum glaubt, die Kirchengüter werden Gottes Eigenthum. f) Die allgemeine Praxis, besonders in Baiern, erlaubt hierüber den Geistlichen freye Disposition.

Von geistlichen Sachen.

§. 20.

Bisher war von den rechtlichen Verhältnissen der Geistlichen in Hinsicht ihrer Personen die Rede. — Nun kommen wir auf die geistlichen Sachen, wozu im strengen Sinne die Anordnung des religiösen Kultus, die Kirchen - Liturgie gehört.

An der Nützlichkeit eines öffentlichen religiösen Kultus läßt sich nicht zweifeln. Denn 1) nur durch das Sinnliche schwingen sich Menschen zum Uebersinnlichen. 2) Man braucht ein Symbol. 3) Der religiöse Festtag ist ein Arbeitstag für den Geist, und ein Ruhetag für den Leib. 4) Selbst die schönen Künste gewinnen dabey; 5) aber die Anordnung eines solchen öffentlichen Kultus muß zweckmässig seyn.

Bey Anordnung des Kultus, besonders bei Festtagen kann die Mitwirkung der weltlichen Macht nicht ausgeschlossen werden, a) wegen dem bedeutenden Einflusse auf den Staat. b) Festtage sind auch Feyertage, arbeitslose Tage, Ruhetage, *Feriae*. c) Daher die Verordnung des Kaisers Konstantin I. 3. C. de Feriis.

§. 21.

Kirche und Staat können gemeinschaftlich nicht allein Feste anordnen, sondern die Zahl derselben vermindern.

Nach meiner Ueberzeugung kann ein Landesherr seine Unterthanen an abgeschafften Feyertagen, wenigst mit einem negativen, väterlichen Zwange, der die Gewissensfreiheit nicht aufhebt, zur Arbeit anhalten. Denn a) wozu würde sonst die Abschaffung nützen? b) So ein Zwang trifft ja nur die Starrsinnigen. c) Kann nicht jeder Vater seine starrsinnigen Kinder zum Guten zwingen? d) Durch so einen Zwang gewinnt ja Industrie u. Erwerb. e) Es will auch die Kirche nicht, daß ein abgeschaffter Festtag ein Tag des Müßiggangs, sondern ein Tag der Arbeit, ein Werktag werde. f) Wie viel läßt sich in sechzig solchen Tagen arbeiten, und wie viel veräumen? g) Doch soll so ein Zwang negativ sein, er soll in Entziehung einiger bürgerlichen

Vortheile bestehen, weil religiöse Gegenstände nie einem positiven Zwange, der die Gewissensfreiheit aufhebt, unterworfen werden sollen. h) Schön ist hierüber die kurbaierische Verordnung vom vierten May 1803. i) Aber widersinnig ist die Behauptung von Wiese, der im III. Theile S. 362. den Landesherrn in Abschaffung der Feyertage, so wie in allen liturgischen Anordnungen, die doch Wiese selbst als Polizeisachen betrachtet, von seinen Gemeinden abhängig machen will.

§. 22.

Unter die liturgische Gegenstände gehört auch der Kirchenkalender. — Die Kirche hatte den julianischen Kalender, bis Pabst Gregor XIII. im Jahre 1581 den seinigen geltend machte. Der gregorianische hat den Vorzug, daß in demselben nicht allein die Tage und die Stunden des Sonnenlaufes, sondern auch die Minuten berechnet sind, und so zwischen dem Kirchen- und Sonnenjahr eine Gleichheit hergestellt worden ist. — Die Protestanten nahmen den gregorianischen Kalender erst im Jahre 1776 an. — In Frankreich hat die Revolution einen ganz neuen Kalender eingeführt, der das Jahr mit dem Herbst — Aequinoctium anfängt. Doch wird wahrscheinlich dieser neue Kalender, so wie

alles Republikanische, bald wieder in Vergessenheit kommen. —

§. 23.

Unter die geistlichen Sachen wird, vorzüglich bei uns Katholiken, auch die Ehe gezählt. — Sie ist ein Vertrag von so großer Wichtigkeit, daß sie in keinem civilisirten Staate ohne Vorbereitung eingegangen wird.

Die erste zwar nicht nothwendige, doch im Ganzen nützliche Vorbereitung ist der Sponsalien-Vertrag, oder das wechselseitige, beiderseits angenommene Versprechen der Ehe. — Diesen Vertrag können alle eingehen, welche Vernunft, Freiheit, und keine absolute Unfähigkeit zur künftigen Ehe haben, daher auch Kinder mit sieben Jahren cap. 10. de Desponsat. impub.

Um bei diesem Vertrage alle Zweifel auszuschließen, muß die beiderseitige Einwilligung a) deutlich erklärt, und nicht durch ein blosses Stillschweigen, oder gar durch zugegebenen Beischlaf präsumirt werden. b) Die Einwilligung muß wahr, nicht vorgespiegelt sein. Wer durch verstellte Einwilligung ein Mädchen verführt, muß dieselbe, wenn sie es verlangt, heurathen. cap. 1. de adulteriis et stupro. Gemeiniglich tritt aber nur Entschädigung

ein. c) Die Einwilligung muß auf ein bestimmtes Subjekt zielen. d) Die Einwilligung muß auch von allem ungerechten Zwang oder Furcht frei sein. e) Daher ist bei Sponsalien die Miteinwilligung der Eltern oder Vormünder nach kanonischem Rechte kein wesentliches Bedürfnis, Tridentinum sess. 24. cap. 1. de Reform. Matrim. — Aber eine kurbaierische Verordnung vom 5ten März 1779 spricht das Gegentheil aus. f) In Baiern sind auch alle Winkelversprechen, nach einer Verordnung vom 15. Nov. 1776, ungiltig. — Siegelmäßige dürfen nur vor zwei Zeugen contrahiren, und dann sich sammt den Zeugen unterschreiben. Aber Nichtsiegelmäßige müssen vor dem Pfarrer, oder vor der weltlichen Obrigkeit mit Zuziehung wenigstens eines unverwerflichen Zeugen den Sponsalienvertrag schliessen. — Diese Ungiltigkeit pro foro externo wurde zur Beruhigung des Volks von dem einzigen Ordinariat Augsburg in dem Konkordate von 1785 §. 11. auch auf das forum internum und auf das impedimentum publicae honestatis ausgedehnt.

§. 24.

Die Weise, wie die Brautleute die Sponsalien schliessen, ist verschieden, 1) entweder in eigener Person, oder 2) durch einen besonders Bevollmächtigten, oder 3) ohne oder mit einer mögli-

chen Bedingung, sub certo modo seu onere, sub certa caussa, in certum diem, 4) mit Beisetzung eines Eides, 5) oder mit Schankungen, arrha, sponsalitia largitate, die von dem an nicht erfolgter Ehe schuldigen Theile zurückgegeben werden müssen, aber ohne weitere conventionelle Straffe, die zwar, besonders bei Adelichen noch in Gewohnheit, aber mit der Freiheit der Ehe nicht wohl vereinbarlich ist, L. 5. cod. de Sponsal. et cap. 29. Decretal. de Sponsalibus.

§. 25.

Eine Folge von giltigen Sponsalien ist a) das Hinderniß der öffentlichen Ehrbarkeit, so daß der Bräutigam keine Person heurathen kann, die mit seiner Braut im ersten Grade der Blutsverwandschaft steht, und so auch die Braut. b) Die Pflicht, die versprochene Ehe einzugehen, oder eine vollkommene Entschädigung zu leisten, cap. 10 et 15, de Sponsalibus.

§. II.

Aufgelöset können die Sponsalien werden 1) durch beiderseitige Einwilligung, doch vor der Obrigkeit. cap. 2. de Sponsalibus. 2) Durch nicht erfüllte, oder nicht erfüllbare Bedingung. 3) Durch Eintretung einer wichtigen Veränderung. 4) Durch

wirkliche Ehe mit einer andern Person, cap. 31. de Sponsalibus. — Doch wenn so eine Ehe durch den Tod eines Theiles wieder aufhört, wacht der Anspruch aus den ten Sponsalien an den überlebenden Theil wieder auf. cit. cap. 31.

§. 27.

Die Judicatur in wesentlichen Sponsaliensachen war bisher bei der Kirche, gehört aber als über einen an sich ganz weltlichen Gegenstand zum weltlichen Gericht. — In Baiern wurde dieses durch eine Verordnung vom 24. Julius 1769 festgesetzt, aber durch eine Verordnung vom 5ten März 1779 widerrufen. Aber die jetzige Regierung hat durch die bekannte Verordnung vom 6ten Oktob. 1802 die Sponsalien und deren Giltigkeit der zweiten Deputation der Landesdirektion zugeordnet.

§. 28.

Unter die Vorbereitungen zur Ehe gehört auch die dreimalige Verkündung, Aufgebot, Proclamatio, welche von dem eigentlichen Pfarrer der Brautleute drei Festtage nacheinander unter dem öffentlichen Gottesdienste geschehen soll. Trident. sess. 24. cap. 1. de Reform. Matrim. — Die Absicht dieser Verordnung ist, heimlichen Ehen vorzubeugen, und verborgene Ehehindernisse aufzudecken.

Wesentlich ist diese Verkündung nur in Oestreich. Wenn sie aber auch bei uns muthwillig unterlassen wird, werden die Brautleute mit Verweigerung der etwa nothwendigen bischöflichen Dispensation, und der Pfarrer mit Suspension bestraft, cap. ult. de clandest, Desponsatione.

§. 29.

Die Einwilligung der Eltern ist zur giltigen Schließung des Ehevertrages nicht wesentlich nothwendig, — Das Gegentheil heisst a) das Tridentinum sess. 24. de Reform. Matrim. cap. 1. eine falsche Behauptung, qui falso adfirmant. b) Das Kirchenrecht erklärt cap. 23. de Sponsal. et Matrim. „Sufficit ad „matrimonium consensus illorum, de quorum conjunctionibus agitur.“ c) Es ist auch die Ehe eigentlich nur Sache der Brautleute.

Die Protestanten, unter denen die meiste die Einwilligung der Eltern als eine wesentliche Ehebedingung ansetzen, berufen sich 1) auf die Wichtigkeit des Ehestandes, und 2) auf l. 2. ff. de ritu nuptiarum. — Danz geht in seinem Privatrecht 6, Th. §. 162. von der Meinung seiner protestantischen Mitbrüder ab, aber aus dem unzureichenden Grunde des Interim. —

Die landesherrliche Einwilligung ist auch nicht wesentlich nothwendig. Doch werden in Baiern diejenige, welche diese Einwilligung nicht erhalten, streng gestraft. Cod. civ. bav. P. I. c. 6. §. 4. Cod. crim. P. I. cap. II. §. 7. — Pfarrer, die ohne landesherrliche Erlaubnifs Jemand copuliren, werden zu 100 Reichsthaler Alimentationskosten condemnirt in einer Verordnung vom 3ten März 1780.

§. 30.

Vor der Ehe werden gewöhnlich auch einige Ehepakten gemacht. — In das Kirchenrecht gehört hierüber die Frage, ob Brautleute gemischter Religion über die künftige religiöse Erziehung ihrer Kinder beiderlei Geschlechts ein beliebiges Pactum eingehen können?

Die katholischen Ordinariate wollen so ein Pactum nicht zugeben, sondern fordern von dergleichen Brautleuten noch immer Reversalien, worinn dieselbe versprechen müssen, ihre Kinder beiderlei Geschlechts in keiner andern, als in der katholischen Religion erziehen zu wollen.

Die weltliche Landesherren lassen den Brautleuten gemischter Religion vor der Ehe die Freiheit, über die religiöse Erziehung ihrer Kinder nach Belieben zu pacisciren. — Aber nach ge-

schlossener Ehe behalten sie sich hierüber ihre landesherrliche Disposition vor, jedoch nach verschiedenen Grundsätzen. — Einige wollen, daß die religiöse Erziehung der Kinder beiderlei Geschlechtes in der Religion des Vaters, der *caput familiae* ist, geschehen soll. — Die Reichspraxis liefert hierüber wirklich einige Beispiele.

Andere weltliche Regierungen, worunter sich die baierische durch eine Verordnung vom 18ten Maji 1803 auszeichnet, theilen die religiöse Erziehung bis zur Erreichung der Discretionsjahre zwischen Vater und Mutter nach Verschiedenheit des Geschlechtes ihrer Kinder. — Dieses gründet sich auch 1) auf die allgemeine und neuere Reichspraxis, 2) auf den fuldischen Revers von 1764, 3) auf Freiheit und Gleichheit in Gewissens- und Religionssachen, 4) auf die gleiche Erziehungsrechte der Eltern, 5) auf den gewöhnlichen Erziehungsgang in andern Stücken.

Daß die von den Ordinariaten bisher geforderte Reversalien diesen Grundsätzen gerade widersprechen, und eben daher nicht zulässig seien, versteht sich von selbst.

§. 31.

Nun kommen wir zur Ehe selbst. Diese ist im rechtlichen Sinne eine nach gesetzlichen Bestimmungen eingegangene Gesellschaft zweier Personen verschiedenen Geschlechtes zur vernünftigen, auf Zeugung und Erziehung der Kinder huzielenden Befriedigung des Geschlechtstriebes.

Die gesetzliche von Staat und Kirche gemachte Bestimmungen bestehen darin, dass die Ehe a) auf die ganze Lebenszeit, b) ausschließlich nur unter zweien Personen, c) und öffentlich eingegangen werden muss.

Aus diesem Begriffe der Ehe folgt, 1) dass sie nicht mit dem Gelübde einer lebenslänglichen Keuschheit, 2) nicht unter Personen, die zur Zeugung oder zur Erzeugung der Kinder absolut unfähig sind, 3) nicht als Konkubinat, der nur auf einige Zeit, und nicht nach gesetzlicher Oeffentlichkeit verabredet wird, bestehen kann, 4) dass Schwächung, stuprum, 5) Hurerei, fornicatio, 6) widernatürlicher Beischlaf, 7) gleichzeitige Bigamie oder Polygamie keinen Anspruch auf eheliche Giltigkeit haben, 8) wohl aber die Gewissensehen, weil dabei alles Wesentliche und Gesetzliche beobachtet wird, und nur die dreimalige öffentliche Ver-

kündigung unterbleibt. — Die Protestanten verwerfen die Gewissenshehen, weil sie darunter solche Ehen verstehen, wobei weder Pfarrer, noch Zeugen, sondern nur die Brautleute allein sind. 9) Auch die Ehen zur linken Hand, *ad morganaticam*, und die sogenannte, aber bisher noch nicht genau bestimmte Mißsheurathen gehören zu den giltigen Ehen, weil dabei nichts Wesentliches mangelt, sondern Weib und Kinder nur an den bürgerlichen Vortheilen, z. B. an Stand, Würde, Lehen und Stammgütern des Mannes und Vaters keinen Theil haben, wohl aber an allen jenen Rechten, die aus der Natur des ehelichen Bandes, und aus der natürlichen Verbindung zwischen Eltern und Kindern fließen.

§. 32.

Es giebt Fälle, in welchen eine Ehe als unerlaubt, oder gar als ungiltig erklärt werden kann. Solche Fälle nennt man Ehehindernisse, und zwar verbiethende, *impedientia*, oder auflösende, *dirimentia*.

Das Recht Ehehindernisse zu setzen, welches nicht schon die Vernunft, oder die Offenbarung deutlich bestimmt hat, wurde bisher von der Kirche ausgeübt, ist aber an sich ein weltliches Recht. Denn

1) Von dem Ehevertrag hängt die Bevölkerung, die Erziehung, die Sittlichkeit in einem weltlichen Staate ab. Er steht also, wie andere Verträge unter der Disposition des Staates. 2) Zwei von einander unabhängige Mächte können ohne Collision und Widerspruch über den nämlichen Gegenstand das nämliche Bestimmungsrecht nicht zugleich ausüben. Wenn also der Staat Ehehindernisse, welche den Vertrag verbieten, oder aufheben, setzen kann, so kann es eben daher nicht auch die Kirche. 3) Christliche Fürsten werden ja doch so viele Gewalt haben, als nichtchristliche. 4) Zur Kirche gehören nur Gegenstände, die an sich geistlich sind. Aber am Ehevertrage, der im Wesentlichen nur auf Zeugung und Erziehung der Kinder abzielt, ist nichts Geistliches. 5) Das Sacrament ist nur die Segnung des Ehevertrages, nicht der Ehevertrag selbst, der auch ohne Sakrament gültig geschlossen werden kann, und bei den vielen heimlichen Ehen vor dem Tridentinum wirklich so geschlossen worden ist. 6) Die Kirche kann also jure proprio nur sagen: „Du bist des Sakramentes der Ehe unwürdig;“ aber nicht: „Du bist des Ehevertrages unfähig.“ 7) Eigene, und an sich geistliche Rechte kann ja die Kirche den Fürsten nie

zur Ausübung überlassen, und doch haben die Fürsten viele Ehehindernisse gesetzt, die in corpore Juris civilis vorkommen. 8) Der Fluch des Tridentini sess. 24. cap. 4. beweiset nur, daß die Kirche Ehehindernisse setzen könne, beweiset aber nicht, daß sie es aus eigener Macht könne.

§. 33.

Dermalen ist die Ehe nicht allein als Sakrament, sondern auch als Vertrag in der Disposition der Kirche. Sie setzt Ehehindernisse, und dispensirt auch in denselben. Anfangs dispensirten die Bischöfe, jetzt die Päbste. — Nach einer kurbaierischen Verordnung vom 6ten Nov. 1804 werden jene, die in Rom eine solche oder auch eine andere Dispensation suchen, angewiesen, a) ihr Gesuch bei der Landesdirektion, b) in lateinischer Sprache, c) mit einem Zeugniss des Pfarrers über die Wahrheit der Thatumstände, und d) wenn man in forma pauperum ansucht, auch mit einem bischöflichen Zeugniss der Armuth zu übergeben.

Ein protestantischer Landesherr kann seine protestantische und katholische Unterthanen in jenen Ehehindernissen, welche nicht unmittelbar aus dem Vernunftgesetz oder Offenbarung fließen, aus gener landesherrlichen Macht dispensiren. Denn

1) bei Protestanten schliessen auch katholische Unterthanen die Ehe nur als einen bürgerlichen Vertrag, und nicht als ein Sakrament. 2) Wenn nach §. 32. das Recht Ehehindernisse zu setzen, ein weltliches Recht ist, so ist auch das Recht, darüber zu dispensiren, ein solches. Protestantische Landsherren können daher in Ausübung dieses Rechtes um so weniger beschränkt werden, weil sie diese Ausübung niemals an die Kirche abgetreten haben. 3) Es geschieht dabei kein Eingriff in die religiöse Ueberzeugung katholischer Unterthanen, weil sie den bürgerlichen Ehevertrag nie für einen religiösen, und im eigentlichen Sinne geistlichen Gegenstand ansehen können.

§. 34.

Aber protestantische Unterthanen in katholischen Ländern können nicht gezwungen werden, den Pabst oder die Bischöfe als ihre Richter in Ehesachen zu erkennen. Denn a) die katholischen Ehegesetze gründen sich im Begriffe vom Sakrament, welches die Protestanten nicht anerkennen. b) Es ist auch die katholisch-bischöfliche Gerichtsbarkeit über Protestanten im westphälischen Frieden suspendirt. c) Protestanten sind ja, als Ketzer, keine Mitglieder der katholischen Kirche mehr.

Damit sie aber doch einen Richter in Ehesachen haben, so müssen sie den katholischen Landesherren dafür erkennen, und können keine eigene Ehegerichte verlangen. Denn der Grund, daß die Ehesachen unter die geistliche Gegenstände gehören, klingt bei Protestanten, die die Ehe als Sakrament verworfen, und selbe als einen bürgerlichen Vertrag erklärt haben, sehr inkonsequent. — Und wenn die Ehesachen auch bei Protestanten ein geistlicher Gegenstand wären, so haben die Landesherren durch den westphälischen Frieden art. 5. § 54. die Zusicherung der freien Ausübung ihres Territorialrechtes in ecclesiasticis et politicis erhalten.

§. 35.

Nun kommen wir von dem Recht, Ehehindernisse zu setzen, und in denselben zu dispensiren, auf die Ehehindernisse selbst.

Zu den verbiethenden Ehehindernissen, inter impedientia, gehört 1) das gesetzliche Eheverbot z. B. bei vorfallenden Zweifel über Blutsverwandschaft, über freie Einwilligung u. s. w. cap. 14. de Spons. et Matrim. 2) Die von der Kirche bestimmte Zeit, in welcher keine feierliche Hochzeit gehalten werden darf. 3) Giltige Sponsalien. 4) Das einfache Gelübd der Keuschheit.

Auflösende Ehehindernisse sind: a) Ein Irrthum im Wesentlichen, z. B. an der Person selbst, oder auch in der Nebensache, wenn diese als Bedingung in den Ehevertrag eingeschlossen, oder eine solche Nebensache ist, woran jeder Vernünftige seine Einwilligung binden würde.

Zur leztern wird der Fall gerechnet, wenn Jemand eine Person heurathet, die schon vor der Ehe von einem andern schwanger war, wovon aber ihr dermalige Ehemann keine Wissenschaft hatte.

Welche einen solchen Irrthum für ein auflösendes Ehehindernis annehmen, sagen: 1) von keinem vernünftigen, seine Ehre liebenden Manne kann für einen solchen Fall eine Einwilligung praesumirt werden. 2) Niemand kann gezwungen werden, Vater eines fremden Kindes zu sein. 3) Das Kirchenrecht erlaubt cap. 4. de conjugio servorum eine aus Irrthum geheurathete Leibeigne wieder zu entlassen. Aber eine vor der Ehe Geschwängerte hat ja noch weniger Werth an sich, als eine Leibeigne hat.

Doch scheint mir das Gegentheil wahrscheinlicher. Denn a) Mangel an Jungferschaft, er mag nun mit oder ohne Schwangerschaft sein, ist an sich

doch nichts weiter, als Mangel an einer Nebensache. Aber so ein Mangel schließt die Einwilligung nicht aus. *can. un. causa 29. quaest. 1.* b) Die Frau darf in einem ähnlichen Falle sich nicht von dem Manne trennen, also auch der Mann von der Frau nicht. c) Das Kirchenrecht *can. cit.* entscheidet, man dürfe eine Person, die man bei Schließung der Ehe für keusch hielt, nicht entlassen, wenn man nachher erfährt, daß sie eine Hure gewesen, oder wenigst geschwächt worden sei, *meretricem aut corruptam*. d) Die Kirche sieht bei Schließung der Ehe nicht auf die Vergangenheit, sondern auf die Gegenwart und Zukunft. *cap. 25. de iurejurando*. Der Zweck der Ehe kann ja doch immer erfüllt werden. e) Der Mann muß so einen Fall seiner Uebereilung zuschreiben; denn die Frau war nicht schuldig, ihre eigene Schande ohne befragt zu sein, zu entdecken, und der Mann leidet dabei weder Schaden, noch Schande. f) Diese Gründe sind gewiß so wichtig, daß sie die gegenseitige Meinung wenigst zweifelhaft machen. Aber eben, wenn ein Zweifel über die Giltigkeit einer Ehe entsteht, muß allemal für die Fortdauer der Ehe, nicht für die Trennung gesprochen werden. g) Das *cap. 4. de conjugio servorum* spricht von einer geschlossenen, aber noch nicht vollbrach-

ten, und daher durch eine päbstliche Dispensation, *auctoritate apostolica*, aufgelösten Ehe.

§. 37.

Unter die trennende Ehehindernisse gehört auch die Bedingung, *conditio*, entweder eine mögliche, die aber nicht erfüllt worden ist, oder eine unmögliche, die mit dem Zweck der Ehe nicht bestehen kann, z. B. die Bedingung der ewigen Keuschheit. — Kann mit einer im physischen oder moralischen Sinne unmöglichen Bedingung der Zweck der Ehe bestehen, so wird eine solche Bedingung als nicht beigesetzt angesehen, und die Ehe bleibt gültig. — Die Wirkung des *Conditio servilis* hat bei uns aufgehört, so wie die Leibeigenschaft im römischen Sinne. — Der Grund, warum die Bedingung eine Ehe trennen kann, ist, wie bei dem Irrthum, der Mangel an Einwilligung.

Aus Mangel an Einwilligung ist auch die Gewaltthätigkeit, *vis*, ein trennendes Ehehindernis. Sie ist entweder ein körperlicher, oder ein Geisteszwang, *violentia aut metus*. Der Zwang muß aber groß und ungerecht, und nicht durch eine nachher erfolgte Einwilligung gehoben sein. *cap. 14, 15, 28. de Sponsal, et Matrim.*

Eine Gattung von Gewaltthätigkeit, und folglich ein trennendes Ehehinderniß ist der Raub, **Raptus**, oder die gewaltthätige Entführung einer Person, in der Absicht, sich mit ihr zu verehelichen. — Dieses Hinderniß hört auf, wenn die geraubte Person von den Händen des Entführers frei und sicher ist, und dann doch in die Ehe mit ihm einwilliget. Tridentinum sess. 24. de Reform. Matrim. cap. 6. — So lange die Sicherheit und Freiheit nicht da ist, gilt die Ehe nicht, wenn auch schon wirklich giltige Sponsalien vorher gegangen wären. cap. 3. de Raptoribus. — Wenn eine Weibsperson einen Mann entführt, ists aus gleichen Gründen ebenfalls Raub. — Aber Verführung kann nicht als Entführung und Raub gelten, a) weil keine Gewaltthätigkeit dabei statt hat, b) sondern die verführte Person immer noch an einen freien und sichern Ort bleibt, c) und weil man sonst die meiste Ehen wieder trennen müßte.

§. 38.

Aus Mangel der kanonischen Freiheit ist die Ablegung der feierlichen Ordensgelübde seit dem zwölften Jahrhunderte, und eben so die heilige Weihen ein trennendes Ehehinderniß. —

Ersteres ist bei uns durch die Säkularisation der Klöster für die Zukunft unwirksam gemacht,

und über letzteres in unsern Zeiten, besonders in Frankreich, schon öfters dispensirt worden, doch so, daß die Dispensirte aus dem Geistlichen in den Stand der Laien übertreten mußten.

Aus Mangel der Freiheit ist das Eheband selbst, ligamen, ein trennendes Ehehinderniß, so, daß z. B. ein Ehemann, so lange sein Weib lebt, sich niemals zugleich mit einer andern giltig verheurathen kann. Tridentinum sess. 24. de Reform. Matrim. cap. 6. et cap. 23. de sponsa duorum.

Es läßt sich also, wenigst nach positiven Recht, die Vielweiberei, Polygamie, nicht einführen. Trident. sess. 24. de Matrimonio. c. 2.

Es sagen zwar ihre Freunde: 1) Im alten Gesetze war Vielweiberei gewöhnlich, wie viele Schriftstellen und Beispiele, vorzüglich des weisen Salomon, beweisen, und im neuen Gesetze ist sie nicht ausdrücklich verboten. 2) In vielen Ländern fordert das Klima Vielweiberei, z. B. in Asien. 3) Vernunft und Natur stimmen auch bei uns für Polygamie wegen der dazu hinreichenden, und andauernden Zeugungskraft des Mannes. 4) Durch Polygamie könnte in Hinsicht einzelner weiblicher Individuen, in Hinsicht erbenloser fürstlicher Familien, und selbst in Hinsicht der allgemeinen Be-

völkerung viel Gutes gestiftet werden, 5) Die Ehe ist ja ein freier Vertrag.

Auf diese Gründe läßt sich antworten: a) Im neuen Gesetze hat Christus die Polygamie, die im alten theils aus Bedürfnis der Bevölkerung, theils aus Nachsicht gegen die jüdische Sinnlichkeit gestattet wurde, ausdrücklich verboten, da er wollte, daß nur zwei in einem Fleische sein sollten, Trident. sess. 24. de Matrim. c. 2. b) Die Ehe ist eine gleiche Gesellschaft; das Weib hat also rechtlichen Anspruch auf den Alleinbesitz des Mannes, wie er auf den Alleinbesitz des Weibes. c) In Ländern, wo Polygamie herrscht, ist die Bevölkerung nicht größer, als in andern. d) Die fast immer gleiche Zahl von Knaben und Mädchen streitet wider die Polygamie. e) Der Mensch muß seine Kräfte nach Vernunftgesetzen brauchen. f) Die Ehe zielt nicht allein auf thierische Begattung, sondern auf Liebe, die sich in der Polygamie so wenig, als g) häuslicher Friede und eine gute, gleiche Kindererziehung erwarten läßt.

§. 39.

Es entsteht ferner ein trennendes Ehehindernis aus der Unfähigkeit zum ehelichen Beischlaf, die schon vor geschlossener Ehe auf einer, oder gar auf beiden Seiten vorhanden war, und nicht

geheilt werden kann, *ex impotentia antecedente vel respectiva, vel absoluta, et perpetua*.

Es muß also so eine Unfähigkeit durch Kunstverständige Aerzte oder Hebammen bewiesen werden. Können nun diese nichts mit Gewissheit behaupten, so wird den Eheleuten noch ein dreijähriges Beisammenwohnen verstattet, welches gewöhnlich vom Tage der Verehelichung, aber in Oestreich vom Tage des genommenen Augenscheins an, berechnet wird. — Wenn sich noch keine Fähigkeit zeigt, wird dem klagenden Theile der Eid *cum septima manu propinquorum* aufgelegt, und nachher die Ehe getrennt. — Cap. 1. et 5. de *frigidis et maleficiatis*.

Die Untersuchung solcher Unfähigkeits-Processe hat Kaiser Joseph II. im Jahre 1783 sehr klug von den geistlichen auf die weltlichen Richter transferrirt.

Man könnte glauben, daß auch eine erst in der Ehe entstandene Unfähigkeit, *impotentia subsequens*, in einigen Fällen die Ehe trennen könnte, und zwar 1) weil *caussa 32, quaest. 7. cap. 18.* Pabst Gregor II. den Deutschen wirklich so eine Trennung gestattet hat. 2) Weil sonst manchmal nicht allein für den Unfähigen, sondern auch für

den gesunden Theil, und selbst für den Staat böse Folgen entstehen könnten.

Doch a) die vom Gregor II. gestattete Trennung kann und muß von einer impotentia antecedente verstanden werden, weil b) das Kirchenrecht bei der impotentia subsequente nie eine Trennung zuläßt, cap. 1. et 2. de conjugio leprosororum, sondern c) vielmehr den Grundsatz aufstellt: si vir non potest ea uti pro uxore, habeat eam quasi sororem. causa 33. quaest. 1. can. 2. d) Und weil sonst gar zu häufige Ehetrennungen und manche andere schlimme Folgen zu erwarten wären.

§. 40.

Auch das unzeitige Alter, Impubertas, macht unfähig zur Ehe, so lange es dauert. — Das bürgerliche Recht hat diese Dauer bei dem männlichen Geschlecht auf das vierzehnte, bei dem weiblichen auf das vollendete zwölfte Jahr ausgedehnt. Das Kirchenrecht läßt jene, welche frühzeitiger fähig sind, zusammen heurathen, cap. 9. et 10. de Desponsat. impuberum. — Aber zu wünschen wäre es, daß die frühen Ehen immer seltener würden.

§. 41.

Ehen zwischen Getauften und nicht Getauften erklärte zwar schon die erste Kirche für gefährlich,

aber erst eine später eingeführte Gewohnheit für ungültig. Und so ward die Religionsverschiedenheit, *cultus disparitas*, ein trennendes Ehehinderniß, dehnt sich aber, besonders in Deutschland, auf die Protestanten nicht aus, weil sie ja getauft sind, und eine freie Religionsübung haben. Die Toleranz will, daß man Ehen zwischen Katholiken und Protestanten, wo nicht befördern, doch auch nicht verbieten soll, wie es doch Benedikt XIV. in einer Verordnung vom Jahre 1741 gethan hat.

§. 42.

Das trennende Ehehinderniß des Verbrechens, *impedimentum criminis*, entsteht aus Ehebruch oder Todschat, oder beiden miteinander verbunden, in der erklärten Absicht, den mitschuldigen Theil heirathen zu können, *cap. 5. et 6. de eo, qui duxit in matrimonium, quam polluit per adulterium*.

Die römische Gesetze l. 26. ff. de ritu nuptiarum et novella 134. cap. 12. und nach diesen Kaiser Joseph II. in seinem Ehepatent vom Jahre 1783 haben jeden Ehebruch, auch ohne Absicht auf künftige Ehe, als ein trennendes Ehehinderniß erklärt. Man hält sich aber heut zu Tage an die mildere Verordnung des Kirchenrechts.

Unwissenheit des Gesetzes, die einem muthwilligen Verbrechen nie helfen kann, befreiet von diesem Ehehindernisse nicht.

§. 43.

Verwandtschaft, natürliche, geistliche oder gesetzliche, gehört auch unter die trennende Ehehindernisse.

Die natürliche oder Blutsverwandtschaft ist jene Verbindung, die aus der Abstammung durch Zeugung entsteht, so daß eine Person von der andern, oder mehrere Personen von einem gemeinschaftlichen Princip gezeugt worden sind. — Wird bei der Abstammung auf das männliche Zeugungs-Princip Rücksicht genommen, heißen die Blutsverwandte Agnati, bei Rücksicht auf das weibliche Zeugungs-Princip heißen sie Cognati.

Bei Berechnung der Blutsverwandtschaft muß man nicht allein auf das Zeugungs-Princip, Stipes, sondern auch auf die Reihe der Abstammung, linea, und auf die Abstammungsstufe, gradus, sehen.

Die Reihe der Abstammung vom Zeugungs-Princip, linea, ist, a) entweder eine gerade aufsteigende oder absteigende Linie, b) oder sie ist eine bald gleiche, bald ungleiche Seitenlinie.

In der geraden Linie steht die Verwandtschaft im Verhältniß mit dem Zeugungs-Princip z. B. der Sohn steht mit dem Vater auf der ersten Stufe der Blutsverwandtschaft, weil er von dem Vater als Zeugungsprincip auch nur eine Stufe, durch eine Zeugung, entfernt ist.

In der gleichen Seitenlinie stehen z. B. Brüder und Schwester gegeneinander auf der ersten Stufe der Blutsverwandtschaft, weil sie von ihrem gemeinschaftlichen Zeugungs-Princip auch nur eine Stufe entfernt sind.

In der ungleichen Seitenlinie wird die Stufe der Verwandtschaft nach der Stufe berechnet, in welcher die entferntere Person von gemeinschaftlichem Zeugungs-Princip abstammt. Daher sind der Bruder und seiner Schwester Kind in der zweiten Stufe miteinander verwandt, can. 6. causa 35. quaest. 5.

In der geraden Linie läßt sich keine gültige Ehe schließen; aber mehr aus dem Begriffe von Superiorität und Subjektion, als aus dem Grunde natürlicher Schamhaftigkeit, den das bürgerliche Recht angiebt, l. 14. §. 2. ff. de Ritu Nuptiarum. Doch selbst der Begriff von Superiorität und Subjektion würde aufhören, wenn z. B. der Vater mit

seiner Tochter oder Enklinn in die gleiche Ehegesellschaft übertreten würde. — Man erinnere sich an die erstere Zeiten der Welt.

Daher ist auch in den Seitenlinien die eheliche Verbindung nicht so sehr nach dem Vernunftrecht, als aus positiven Gesetzen, welche die Verbindungen mit Auswärtigen zu befördern suchten, für ungiltig zu halten.

Es erstreckt sich in den Seitenlinien das trennende Ehehinderniß auf vier Stufen der Blutsverwandtschaft cap. 8. de Consanguin. et Affin. — Aber nach dem bürgerlichen Recht sind soviel Verwandtschaftsstufen, als Personen sind. — Die Berechnung des Kirchenrechts wird in Ehestreitigkeiten und in peinlichen Fällen, hingegen die Berechnung des bürgerlichen Rechts in Erbschaftssachen zum Grunde gelegt.

§. 44.

Das trennende Ehehinderniß der geistlichen Verwandtschaft, cognatio spiritualis, kömmt aus den Sakramenten der Taufe und Firmung.

Das Tridentinum hat diese geistliche Verbindung auf den Taufenden, den Getauften, und des-

sen

sen Eltern, dann auf den aus der Taufe Hebenden, den Gehobenen, und dessen Eltern ausgedehnt. — Und eben so auch bei der Firmung, sess. 24 cap. 2. de Reform. Matrimon. — Zur Einschränkung dieses Ehehindernisses soll auch nur ein oder höchstens zwei Pathen seyn. — Verwandter wird nur der, der in eigenem Namen Pathe ist. — Wer außer dem Nothfall sein eigenes Kind tauft oder hebt, kann ohne bischöfliche Dispensation seiner Frau nicht mehr ehelich beiwohnen. can. 7. causa 30. quæst. 1.

Kaiser Joseph II. hat dieses Ehehindernis in seinen Staaten ganz abgeschafft.

§. 45.

Es giebt auch eine gesetzliche Verwandtschaft, die ein trennendes Ehehindernis ist, nämlich eine vollkommene Annehmung an Kindesstatt mit Einwilligung der Obrigkeit, adoptio perfecta, l. 17. et 55. ff. de Ritu Nuptiarum.

Dieses ursprüngliche bürgerliche Ehehindernis hat die Kirche wegen Aehnlichkeit mit der natürlichen Verwandtschaft angenommen, und in der geraden Linie auf alle, die als Eltern und Kinder gegeneinander betrachtet werden können, in der glei-

chen Seitenlinie auf den an Kindesstatt Angenommenen, und des Annehmenden leibliche Kinder, hingegen in der ungleichen Seitenlinie auf die vierte Verwandtschaftsstufe ausgedehnt. cap. un. de cognatione legali, et can. 1. 5. 6. causa 30. quaest. 3.

Kaiser Joseph II. hat auch dieses Ehehinderniß abgeschafft, und selbst die natürliche Verwandtschaft in der Seitenlinie auf zwei Grade eingeschränkt, um die Beschwerlichkeit der Gradeberechnungen zu vermindern.

§. 46.

Ein der Verwandtschaft ähnliches, und auch trennendes Ehehinderniß ist die Schwägerschaft, *adfinitas*, welche aus einem vollkommenen, erlaubten, oder unerlaubten Beischlaf entsteht, so daß die Mannsperson mit den Blutsverwandten der Weibsperson, und die Weibsperson mit den Blutsverwandten der Mannsperson, nicht aber die Blutsverwandte untereinander, in Schwägerschaft treten.

In der geraden Linie trennt die Schwägerschaft die Ehe durch alle Grade, in der Seitenlinie, wenn ein erlaubter Beischlaf vorgegangen ist, durch vier, aber bei einem unerlaubten Beischlaffe nur durch zwei Grade. Tridentinum sess. 24. cap. 4. de Reform. Matrim. et cap. 5. de Consanguin, et Affin. —

Kaiser Joseph II. schränkte dieses Ehehinderniß auch bei einem erlaubten Beischlafe auf zwei Grade ein.

Ein unerlaubter Beischlaf nach geschlossener Ehe, wenn z. B. der Mann eine Blutsverwandte seiner Frau beschläft, stört zwar nicht die Leistung, doch aber die Begehrung der ehelichen Pflicht, und stiftet eine sogenannte hinkende Ehe.

Ein unerlaubter Beischlaf vor der Ehe, wenn z. B. der Bräutigam die Schwester seiner Braut beschlafen hat, läßt mit seiner eigenen Braut keine Ehe mehr zu.

Wenn aber die Braut nichts davon weiß, darf er sie zwar heurathen, aber vor erhaltener Dispensation wegen dem Hinderniß der Schwägerschaft derselben nicht beiwohnen. — Doch eben darin liegt die Schwierigkeit, wie er dabei zu Werk gehen soll, ohne bei seiner Frau den Verdacht eines vergangenen Verbrechens zu erregen.

§. 47.

Auch die Vereinigung der Gemüther bei Brautleuten vor geschlossener, und bei Eheleuten vor vollbrachter Ehe gründet eine Art von Schwägers

schaft, welche das Hinderniß der öffentlichen Ehrbarkeit, *impedimentum publicae honestatis*, genannt wird, cap. 8. de Consanguin. et Affin.

Das Tridentinum sess. 24. cap. 3. de Reform. Matrim. hat dieses Hinderniß bei gültigen Sponsalien auf den ersten Grad eingeschränkt. Aber bei einer gültig oder ungültig geschlossenen Ehe in der geraden und Seitenlinie auf vier Grade der Blutsverwandtschaft ausgedehnt. Kaiser Joseph II. schaffte dieses Ehehinderniß in seinen Staaten ganz ab.

§. 48.

Das letzte trennende Ehehinderniß ist die heimliche Schließung der Ehe, *impedimentum clandestinitatis*, welches erst durch das Tridentinum sess. 24. cap. 1. de Reform. Matrim. wegen den schlimmen Folgen heimlicher Ehen festgesetzt worden ist.

Das Tridentinum verordnet, daß eine Ehe, die ohne Gegenwart des Pfarrers und zwei oder drei Zeugen geschlossen wird, ungültig seyn soll.

Daraus folgt, a) daß nicht die Einsegnung, sondern nur die, auch nicht absichtliche, Gegenwart zur Gültigkeit der Ehe erfordert wird, b) aber die Gegenwart des eigenen Pfarrers, welcher

nicht der des Geburtsortes, sondern der des Wohnortes ist. c) Bei Vagabunden ist dort der eigene Pfarrer, wo sie, aber allzeit mit Vorwissen des Bischofes, die Ehe schliessen. d) Zeugen müssen, aufser dem Nothfalle, wenigst zwei, und zwar zugleich, und solche gegenwärtig seyn, die wissen, was vorgeht. e) Im Nothfalle, z. B. im Krieg können diese zwei Zeugen sogar den Pfarrer entbehrlich machen. f) Diese Tridentinische Verordnung wirkt, wo sie feierlich promulgirt, oder auch durch freiwillige Observanz angenommen worden ist. g) Die Protestanten haben zwar das Tridentinum nicht angenommen, schliessen aber ihre Ehen sowohl unter sich, als mit Katholischen doch öffentlich. Pabst Benedict XIV. hat daher solche Ehen für gültig erklärt in einer Bulle vom 13. Mai 1741.

§. 49.

Es entsteht hier die Frage, ob zwei katholische Personen an einem Orte, wo das Tridentinum einst promulgirt worden ist, vor einem protestantischen Pastor, auch aufser dem Nothfalle, eine gültige Ehe schliessen können.

Unsere Kanonisten sagen: 1) ein protestantischer Pastor ist im katholischen Sinne kein wahrer

Pfarrer, weil er kein wahrer Priester ist. 2) Un-
ter Katholischen ist die Ehe ein Sakrament, folg-
lich außer der Sphäre eines protestantischen Pa-
stors. 3) Pabst Benedict XIV. hat solche Ehen für
ungiltig, und die Kinder für unehelich erklärt,
Libr. 6. cap. 7. de Synodo diöcesana.

Doch a) ein Protestant kann ratione domicilii
der ordentliche Pfarrer von katholischen Brautper-
sonen seyn. Sie können also eine giltige Ehe vor
ihm schließen. b) In Deutschland kann wegen der
durch den westphälischen Frieden zwischen Katho-
liken und Protestanten eingeführten Gleichheit auf
die Verschiedenheit der Religion des Pfarrers kei-
ne Rücksicht genommen werden; und zwar c) um
so weniger, weil der Pfarrer eigentlich nur als
Zeug gegenwärtig seyn muß, und die Mittheilung
eines Sakramentes zur Giltigkeit der Ehe nicht
nothwendig ist. Ein protestantischer Pfarrer kann
aber eben so gut ein öffentlicher Zeug seyn, wie
ein katholischer. d) Pabst Benedict XIV. scheint
keine Rücksicht auf Deutschland und auf die Grund-
sätze des westphälischen Friedens genommen zu
haben.

§. 50.

Eine giltig geschlossene Ehe wird in das pfarr-
liche Ehebuch eingetragen, welches öffentliche

Glaubwürdigkeit hat, und in Zweifeln über Ehehindernisse, Erbschaften, Legitimität, Verfertigung eines Stammbaumes u. s. w. gute Dienste leisten kann.

Die Wirkungen einer giltigen Ehe sind: a) lebenslängliche gleiche Rechte und Pflichten der Eheleute unter sich, und gegen ihre Kinder, denen sie eine physische und moralische Erziehung geben müssen, bis selbe mannbar, oder nach positiven Gesetzen majorenn werden. b) Die Legitimität der Kinder sammt den damit verbundenen Vortheilen, wenn es auch nur eine vermeinte Ehe, ein Theil aber doch in bona fide ist. — c) Auch unehelich erzeugte Kinder werden als Proles legitimaе angesehen, wenn früh oder spät eine giltige Ehe erfolgt, oder wenn solche Kinder durch ein Rescript des Pabstes oder Landesherrn, oder durch die klösterliche Profession legitimirt werden.

Dafs aber auch ausgesetzte Kinder, Infantes expositi, unter die eheliche Kinder zu zählen seyen, dagegen ist, dafs von einer verhehelichten Person die Aussetzung ihres Kindes nicht praesumirt werden kann.

Uneheliche, nicht legitimirte Kinder haben die Vortheile der ehelichen oder legitimirten nicht.

Sie nehmen a) nicht Antheil an dem Stande, Adel, Familie des Vaters, sondern nur an dem Stande der Mutter, b) Sie erben auch nur die Mutter, c) und können ohne Dispensation weder zu einer geistlichen Weihe, noch zu einer geistlichen Dignität gelangen. Vide Titulum Decretalium, qui filii sint legitimi.

§. 51.

Obwohlen bei uns Katholiken eine giltige und schon vollbrachte Ehe niemals, und eine noch nicht vollbrachte nur durch päpstliche Dispensation, oder durch feierliche Ablegung der Ordensgelübde aufgelöst werden kann, so muß doch sehr oft eine Ehe wegen einem trennenden Ehehinderniß als ungiltig erklärt, oder wegen andern erheblichen Ursachen eine Trennung vom Bett und Tische gemacht werden. — Wenn eine Ehe als ungiltig erklärt werden soll, muß die Ungiltigkeit durch zwei vollgiltige Zeugen erwiesen, und durch zwei gleichförmige richterliche Urtheile anerkannt worden seyn.

So hat es Pabst Benedict XIV. in einer bei uns angenommenen Bulle vom 3. Nov. 1741 verordnet. — Solange über die Ungiltigkeit keine Gewissheit, sondern nur Zweifel vorhanden sind, muß die Auflösung der Ehe unterbleiben.

§. 52.

Eine Trennung vom Bett und Tische geschieht auf vorhergegangene Klage aus folgenden Ursachen: 1) wegen einem vollkommenen, freiwilligen, erwiesenen, nicht nachgelassenen, nicht compensirten, nicht von dem unschuldigen Theile veranlasseten Ehebruch. cap. 3, 6, 7, 8 de Adulteriis, et cap. 5. de Divortiis. 2) Wegen andern fleischlichen Verbrechen. In diesen beiden Fällen geschieht eine lebenslängliche Trennung. 3) Eine Trennung auf einige Zeit wird verfügt bei obwaltender Gefahr der Seele, des Lebens oder der Gesundheit. cap. 2. de Conjugio Leprosorum et cap. 8. et 13. de Restit. spoliat.

Wenn der Mann wegen Staatsverbrechen verwiesen wird, oder selbst flüchtig geht, entsteht zwar von selbst eine zeitliche Trennung von Tisch und Bett; denn die Frau kann in einem solchen Falle nicht gezwungen werden, dem Manne zu folgen. — Doch darf sie, solange er lebt, keinen andern heurathen. can. 4. causa 34. quaest. 2.

§. 53.

Die Trennung von Tisch und Bette hat verschiedene Wirkungen. 1) Wenn beide Theile auf immer getrennt sind, kann der unschuldige Theil

auch wider den Willen des Schuldigen in ein Kloster gehen, oder die heilige Weihen empfangen, cap. 15. et 16. de Conversione Conjugatorum. Doch scheint es widersprechend, sich von einem neuen unauflöslichen Bande binden zu lassen, da man noch von dem ersten nicht frei ist. — Selbst die Liebe fordert, daß dem schuldigen, aber büssenden Theile die Rückkehr nicht unmöglich gemacht werde, cap. 3. de Adulteriis. 2) Wenn beide Theile an der Trennung unschuldig sind, verliert kein Theil etwas. 3) Ist das Weib eine Ehebrecherinn, verliert sie ihr Heurathgut, Wittwensitz, Morgengabe, Gemeintheil. 4) Ist der Mann des Ehebruchs oder eines andern Verbrechens, das die Trennung verursachte, schuldig, so muß er dem Weibe alles leisten, was sie von ihm nach seinem Tode hätte erwarten können. 5) Die Versorgung der Kinder trifft den schuldigen, die Erziehung den unschuldigen Theil.

Diese Wirkungen dauern nur solange als die Trennung. — Cod. civ. bav. P. I. cap. 6, §. 43. cum Adnotationibus.

§. 54.

Bei Protestanten lösen die Ursachen, die bei uns von Tisch und Bett trennen, größtentheils die

Ehe ganz auf, sogar z. B. wegen unversöhnlicher Feindschaft, da doch diese den Zweck der Ehe nicht berührt, und in dem Kirchenrecht gar nicht als eine *caussa Divortii* vorkömmt. Diese Auflösung, glauben sie, könne auch geschehen, wenn die unversöhnliche Feindschaft nur auf einer Seite ist, der andere Theil aber sich zur Fortsetzung der Ehe geneigt zeigt.

Doch da gehen die Protestanten zu weit. Denn
a) der gutdenkende Theil kann durch die Feindseligkeit des andern sein Recht zur Ehe nicht verlieren. b) So eine einseitige Feindschaft könnte oft Verstellung seyn, um des andern Theiles los zu werden. c) Feindschaft ist eine freie Handlung. Sie kann daher jederzeit wieder abgelegt, und folglich niemals als ein nothwendiger Eheauflösungsgrund angesehen werden.

§. 55.

Auch einige Katholiken behaupten dermalen die Auflöslichkeit der Ehe wenigst in einigen Fällen. Sie sagen: 1) Die Ehe ist ein freier Vertrag, wie die Sponsalien, mithin eben so auflöslich. 2) Wenn dieser beiderseitige Vertrag von einem Theile, z. B. im Falle eines Ehebruchs, nicht gehalten wird, so ist selber auch für den andern

Theil nicht mehr verbindlich. 3) Der Gedanke: Die Ehe ist unauflöslich, ist abschreckend für die, welche heurathen wollen, und verzweiflungsvoll für die Verheurathete. 4) Alle Nationen trennten in gewissen Fällen das Band der Ehe. — Die Juden gaben ihren Weibern den Scheidebrief. — Christus erlaubte, ein ehebrecherisches Weib zu entlassen, Matth. 19. v. 9. — und Paulus ep. I. ad Cor. cap. 7. v. 15. gestattet eine andere Ehe dem, der sich zum Christenthume bekehret hat, wenn der andere Theil sich nicht bekehren, und auch dem Bekehrten nicht mehr beiwohnen will. 5) Die griechische Kirche trennt wegen Ehebruch noch immer das Eheband. 6) Die lateinische Kirche hat sich zwar für das Gegentheil, aber nicht dogmatisch erklärt. Tridentinum sess. 24. cap. 7. 7) In gewissen Fällen scheint selbst die Vernunft, die Sittlichkeit, das Wohl des Staates, das individuelle Glück der Eheleute eine gänzliche Auflösung um so mehr zu fordern, weil eine Trennung vom Bett und Tische gewöhnlich das Uebel nicht aufhebt, sondern nur noch mehr vergrößert.

§. 56.

Nach angenommenen Grundsatz der Auflöslichkeit des Ehebandes ist die Frage nicht schwer zu entscheiden, ob ein Katholik eine von ihrem pro-

testantischen ehebrecherischen Manne geschiedene Protestantinn ohne Gewissensunruhe heurathen könne? — Wenn man aber bei dem Grundsätze der Unauflöslichkeit bleibt, so kann diese Ehe doch vor sich gehen, weil bei Katholiken der Grund der Unauflöslichkeit im Sakrament liegt, als einem Symbol der unauflöslichen Vereinigung der Kirche mit Christus. Aber bei Protestanten, denen die Ehe weiter nichts als ein Vertrag ist, fällt der Begriff vom Sakrament, folglich auch der Grund der Unauflöslichkeit weg. — Von der Giltigkeit *pro foro externo* ist in Deutschland ohnehin kein Zweifel.

Es versteht sich von selbst, daß weder Auflösung, noch Trennung der Ehe, von der Willkühr der Eheleute, sondern von der obrigkeitlichen Untersuchung und Entscheidung, als eine Sache von der größten Wichtigkeit abhänge.

Eine auf diese Art, oder durch den Tod des einen Theils aufgelöste Ehe giebt dem unschuldigen, oder dem überlebenden Theile das Recht zu einer neuen Ehe. Die einer zweiten Ehe entgegenstehende römische oder kanonische, oder vaterländische Gesetze und Strafen berücksichtigen mehr das Wohl der Kinder als die Strafbarkeit solcher
 hen. 1. 1. 2. 3. 6. Cod. de secundis Nuptiis. — can.

10. 11. 12. 13. Decretal. de secundis Nuptiis, — cod. civ. bav. P. 1. cap. 6. §. 48.

§. 57.

Unter die geistliche Gegenstände gehören ferner die Kirchen, welche öffentliche zum Gottesdienste feierlich bestimmte Gebäude sind.

Sie können nicht errichtet werden ohne Einwilligung der geistlichen und weltlichen Obrigkeit. cap. 9. Distinctione 1. de Consecratione Ecclesiarum.

Wer zur Reparation der Kirchen beitragen muß, bestimmt das Tridentinum. sess. 21. cap. 7.

Die Regel ist, daß die Beiträge vorzüglich jene treffen, die von einer Kirche einige Früchte genießen. vide cod. civ. bav. P. 1. cap. 7. §. 42. in Adnotationibus num. 6. et 7.

Eine Kirche kann zum Gottesdienste wieder unfähig werden a) durch eine wesentliche Verletzung des Gebäudes, b) durch freiwillige Vergießung von Menschenblut oder menschlichen Samen, c) durch Begräbnis eines Nichtchristen, oder Excommunicirten. cap. 4. 6. 7. de Consecrat. Ecclesiae vel Altaris, et cap. un. hoc tit. in 6.

In einer solchen Kirche kann keine Messe mehr gelesen werden, bis sie reparirt, oder durch eine

Bischof oder Priester gereinigt wird. cap. 4. et 9. hoc titulo.

§. 58.

Bei den Kirchen sind gewöhnlich auch die Grabstätte der Christen, Freithöfe, Coemeteria, welche von einem Bischofe, oder Priester eingeweiht werden. cap. de Sepulturis.

Von diesen Grabstätten, oder christlichen Gemeinschaft mit den Verstorbenen werden in der Regel alle diejenigen ausgeschlossen, die von der christlichen Gemeinschaft der Lebendigen ausgeschlossen waren. — Excommunicirte, besonders Ketzer, doch nicht in Deutschland, sollen sogar wieder ausgegraben, und die von ihnen befleckte Erde durch einen Priester gereinigt werden. cap. 8. de Haereticis, et 12. de Sepulturis.

Heut zu Tag ist diese Ausschliessung höchst selten, so lobenswürdig dabei die Absicht der Kirche war, die Christen dadurch von Verbrechen abzuschrecken.

Das Begräbnisrecht steht dem Pfarrer des Verstorbenen zu. Man kann sich zwar auch auſser der Pfarr begraben lassen, doch so, daß der ordentliche Pfarrer den vierten Theil der Begräbnis-

kosten, oder nach baierischer Observanz, wenigst die Abhaltung eines Seelenamtes verlangen kann, Cod. bav. civ. P. 2. cap. 1. num. 15. — Für fremde, durchziehende Leichen etwas fordern, ist Mißbrauch, vid. tit. de Sepulturis.

Wenn der Pfarrer sonst seine standesmäßige Sustentation hat, so ist es auch Mißbrauch, sich von seinen Pfarrkindern den Begräbnisplatz zahlen zu lassen. Denn 1) das Kirchenrecht verbiethet es ausdrücklich cap. 13. de Sepulturis. 2) Freithöfe sind ohnehin ehemaliges Eigenthum der Gemeinde. 3) Wie kann also der Pfarrer verkaufen, was nie sein war? 4) Geweihte Sachen verkaufen ist ja Simonie.

Das Begräbnis der Selbstmörder hat das eigene, daß im Zweifelsfall über die Freiwilligkeit des Selbstmordes die Zweifelsgründe mit Zuziehung eines Arztes und des Pfarrers gerichtlich erhoben, das darüber verfaßte Protocoll an den Bischof eingesendet, und dessen Entscheidung erwartet werden soll. B. Kreittmair in adnot. ad cod. civ. bav. P. 2. cap. 1. §. 4. num. 30.

Diese Gewohnheit scheint nicht gegründet zu seyn. Denn a) hier ist nur quaestio facti, die kein geist-

geistlicher Gegenstand ist. — b) Wenn ein Zweifel entsteht, ob das Verbrechen eines Geistlichen zur Degradation qualificirt seye, kommt die Untersuchung und Entscheidung dem weltlichen Richter zu. *Si reum esse putaverit Provinciae Praeses.* Novella 83. — Warum nicht auch im Zweifelsfalle eines Selbstmordes? — c) Wider die bischöfliche Entscheidung spricht die gewöhnliche Entfernung des Ortes und der Mangel an kriminalrechtlichen Kenntnissen. d) Eben diese Entfernung und dadurch entstehende Verzögerung könnte Ansteckung verursachen.

§. 59.

Die erste Christen mußten sich in die römische Gesetze fügen, und ihre Verstorbenen außer den Städten begraben. Noch im Jahre 381 gab Kaiser Theodos hierüber ein Gesetz l. 6. cod. de sepulchro violato. Doch im achten Jahrhundert liefs Kaiser Leo constitutione 53. es jedem frei, sich in oder außer der Stadt begraben zu lassen.

Heut zu Tage fängt man überall an, die Begräbnisse außer den Städten anzulegen.

Doch widersprechen viele, und zwar 1) weil die Begräbnisse der Gesundheit nicht schädlich sind,

wie die alte Katakomben, die Sterbelisten, die an den Grabestätten wohnende, und andere Erfahrungen beweisen. 2) Man kann der Schädlichkeit durch tiefe Gräber, durch aufgestreuten Kalk, und überhaupt durch gute Polizeiaufsicht vorbeugen. 3) Grabstätte in den Städten tragen viel zur Moralität bei, wie es vorzüglich die Spartaner erkannten.

Indessen ist es doch gewiss, a) daß die wichtigste Nationen ihre Todte außer den Städten begruben. b) Es ist auch vernünftiger, der Gefahr vorzubeugen, als dieselbe erwarten. c) Die Städte sind ja zu Wohnungen für Lebende, und nicht für Todte bestimmt. d) Die Moralität muß außer den Städten wegen dem seltneren, und eben daher mehr Eindruck machenden Anblick weit mehr gewinnen. e) Die bisherige Begräbnisse in Städten hatten ohnehin größtentheils entweder religiöse Vorurtheile, oder geistlichen Eigennutz, oder Stolz der Reichen zum Grunde.

§. 60.

Die christliche Freithöfe nehmen Antheil an dem Privilegium des Asyl, welches die weltliche Fürsten gegeben, und das Kirchenrecht auf Kirchen, Freithöfe, Klöster und andere religiöse Oerter ausgedehnt hat. l. 2. et 7. Cod. de his, qui ad Ecclesias confugiant, et cap. 1. 2. 5. de immunit. Ecclesiarum.

Das Asyl ist ein Sicherheitsort gegen gerichtliche Leibs- und Lebensstrafe. — Die viele Mißbräuche waren Ursache, daß das Asyl zwar noch nicht ganz aufgehoben, doch überall sehr eingeschränkt worden ist.

Die gänzliche Aufhebung will man deswegen nicht zugeben, weil 1) schon im alten Gesetze Zufluchtsstädte waren. Deuteron. 19. 2) Weil die Heiligkeit religiöser Gebäude zur Aufrechthaltung des Asyl auffordert. 3) Weil die Kirche dabei die Verbesserung des Verbrechers zur Absicht hat. 4) Weil dieses Privilegium durch viele geistliche und weltliche Gesetze bestätigt worden ist.

Doch a) da die Kirche kein Recht über Leib und Leben hat, so hat sie auch kein Begnadigungsrecht, kein Befreiungsrecht von Leib- und Lebensstrafe. b) Privilegien, besonders solche, die dem Staate leicht schädlich werden können, müssen vermindert werden. c) Der weltliche Fürst hat kein Asylrecht in Hinsicht geistlicher Verbrechen. d) Die Kirche, als Predigerinn der Sittlichkeit, kann nicht Verbrecher in Schutz nehmen. e) Je mehr Asyle, desto mehr Gelegenheit zu Verbrechen. f) Die Zufluchtsstädte des alten Gesetzes waren nicht zum Vortheile des Verbrechers, sondern des

Unschuldigen, der für einen Verbrecher gehalten wurde. g) Eben weil die Kirchen heilig sind, sollen sie keine Zufluchtsörter für Verbrecher werden. h) Gesetzliche Bestättigungen können nicht rechtfertigen, was an sich nicht rechtlich ist.

§. 61.

Des Asyls werden selbst durch die bisher bestehende Gesetze für unfähig erklärt 1) Kirchen- und Strassenräuber, 2) Verderber der Feldfrüchten, 3) freiwillige Mörder und ihre Mithelfer, 4) Verletzer des Asyls, 5) Beleidiger der Majestät, 6) Betrüger bei Leihhäusern, Zöllen, Wechselbänken, 7) die falsche Münzen prägen, oder ächte verderben, 8) die ihr Amt zu Räubereien oder andern gewaltthätigen Angriffen mißbrauchen, 9) Verfälscher der päpstlichen Urkunden, 10) Militärverbrecher, cap. 6. et 10. de immunit. Ecclesiarum, et coemeteriorum. — Novella 17. cap. 1. — l. 4. Cod. de his, qui ad Ecclesias confugiunt.

Im Zweifel muß wegen dem Gemeinwohl mehr wider als für das Asyl gesprochen, und dieses Privilegium nie zu weit ausgedehnt werden.

In Baiern bestimmten in einem Zweifelsfalle noch immer, jedoch mit Zuziehung eines landesherrlichen Kommissärs, die Ordinariate, ob ein

V brechen vom Asyl ausgenommen sey oder nicht. Da aber von dieser Bestimmung die Leibs- oder Lebensstrafe des Verbrechers abhängt, soll nach meiner Meinung der weltliche Richter allein die Untersuchung und Entscheidung zu machen haben, und zwar um so mehr, weil auch hier nur eine Quaestio Facti vorkömmt.

§. 62.

Eine ganz eigene Art von geistlichen oder vielmehr kirchlichen Gegenständen sind die Zehenten, oder der zehnte Theil ökonomischer Früchte, welche den Geistlichen wegen Erfüllung ihres Pastoralamtes jährlich gegeben werden.

Die Idee davon brachten bekehrte Juden in die Kirche, und sie wurde um so lieber angenommen, weil die bisherige freiwillige Oblationen und andere geistliche Einkünfte nicht mehr hinreichten. Nur die Foderungsweise war nicht allzeit erbaulich, da sie anfangs mit Liebe, bald aber mit aberglaubigen Erdichtungen, endlich gar mit offenbarem Zwange, aber auch mit vielem Widerstande, geschah.

§. 63.

Die Zehenten werden eingetheilt 1) in Laienzehnten, die ursprünglich ein Surrogat für Steuern waren, und in geistliche Zehenten, wovon hier

die Rede ist, 2) in päpstliche, bischöfliche und pfarrliche. — Letztere sind eigentlich rechtliche, weil, wenigst dormalen, nur die Pfarrer denen, welche die Zehnten geben, geistliche Verrichtungen leisten. 3) In dingliche von den Früchten, und in persönliche vom persönlichen Erwerb. Letztere haben bei uns aufgehört. 4) In grössere von dem, was der Weinstock und Halm trägt, und in kleinere, die man auch Grün- und Blutzehent nennt. Das Kirchenrecht giebt dem Pfarrer nicht allein auf die grösseren, sondern auch auf die kleinere Zehnten volles Recht. cap. 5. 6. 29. de Decimis. — Aber in Cod. civ. bav. P. 2. cap. 10. §. 3. heisst es: „Man giebt nach uralter Landesobservanz den kleinen Zehent überhaupt nur an Orten, wo er Herkommens ist.“ — Daher wird nach einer Verordnung vom 28. Sept. 1793 auch „vom Klee und auf Brachfeldern gebauten Futterkräutern kein Zehent gegeben.“ — Man glaubte, dadurch die Landeskultur ohne Nachtheil der Pfarrer zu befördern. 5) In alte und in Neuzehnten. Die alten kommen aus Aeckern, die bisher immer angebaut worden sind. Die Neuzehnten werden von Neubrüchen, das ist, von Gründen gesammelt, die man seit Menschengedenken nicht angebauet, sondern erst neuerlich umgerissen hat. — Die Umwandlung

einer Wiese, oder eines Holzgrundes in einen Acker heisst nur Neugereut oder Umriß.

Das Kirchenrecht giebt dem Pfarrer auf Neubrüce in Zehentrecht, cap. 29. de Decimis. Aber eine baierische Verordnung vom 11. Decemb. 1799. giebt dem Landmanne bei Neubrüchen eine 25jährige Zehentfreiheit, und bei angekauften Staatswaldungen, die in Aecker umgearbeitet werden, eine Zehentfreiheit auf immer. Cod. civ. bav. P. 2. cap. 10. §. 10.

§. 64.

Uebrigens sind a) die Zehenten, als eine Last des Landmannes, eher einzuschränken, als auszu dehnen. b) Doch bleibt im Zweifel über das Zehentrecht die Präsumtion für den Pfarrer. c) Die Zehenten haften auf den Früchten. d) Bei dem grossen Zehent kann man von einem Acker auf den andern, bei dem Blutzehent auch von einem Jahre auf das andere zählen. e) Der Naturalzehent bleibt in Hinsicht des Pfarrers *res liberae facultatis*. Nur ein besonderer Vertrag oder *Adquiescenz* können eine Ausnahme machen. f) Der nachkommende Pfarrer wird durch keinen Privatvertrag seines Vorgängers gebunden, ausser so ein Vertrag wäre durch geistliche und weltliche Obrig-

keit für immer bestätigt. g) Ebenso ist der Zehenthold nicht verpflichtet, seines Vorgängers Zehentausstände zu übernehmen, wenn er nicht haeres universalis ist. h) Nach gemeinem und baierischem Recht darf der Zehenthold keine Feldbaukosten abziehen. cap. 21. et 22. de Decimis, Cod. civ. bav. P. 2. cap. 10. §. 16. Doch scheint dabei die rechtliche Gleichheit und die Aufmunterung zur Kultur zu leiden. — i) Nach den baierischen Konkordaten von 1583 entscheidet in Streitigkeiten über das Zehentrecht der Geistliche, über den Besitz der weltliche Richter. — Doch eine kurbaierische Verordnung vom 13. Nov. 1803 „zählt die Zehenten „überhaupt unter die Gegenstände, die nach ihrer „Natur weltlich sind, und wovon die Erkenntniss „in der Regel den kurfürstlichen einschlägigen Justizstellen gebührt.“

§. 65.

Viele neuere Schriften dringen auf gänzliche Aufhebung der Pfarrzehenten, und Einführung der Geldbesoldungen.

Für Beibehaltung der Zehenten streiten folgende Gründe: 1) Nur der Zehent giebt dem Pfarrer sichern Unterhalt. 2) Zehentabgabe ist den Kräften der Contribuenten die angemessenste, denn man giebt, wie man ärndtet. 3) Bei Geldprästa-

tionen würde, nach dem Steigen und Fallen des Getreides, bald der Pfarrer, bald der Landmann verlieren. — Der Getreidpreis steigt mit den Bedürfnissen, aber Geldbesoldung bleibt immer die nämliche. 4) Für die Zehenten steht eine mehr als tausendjährige Observanz, durch geistliche und weltliche Gesetze bestätigt. Tit. de Decimis. — Tridentinum sess. 25. cap. 12. de Reform. — Der Religionsfriede § 21. — Der westphälische Friede. art. 5. §. 45 et 47. — Der Reichsdeputations-Hauptschluss vom 25. Febr. 1803. §. 63. 5) Mit Aufhebung der Zehenten müßten auch alle Pfarrökonomien aufhören.

Für gänzliche Aufhebung der Pfarrzehenten sagt man: a) Die Pfarrer haben zwar ein Recht auf sichern Unterhalt, der aber eben so, wie bei andern Staatsdienern, oder z. B. bei den Pfarrern in Frankreich, und Oestreich in Geldbesoldung bestehen kann. b) Geldbesoldung hängt nicht von so vielen Gefahren ab, wie der Naturalzehent. c) Der Geist der Gesetze dringt auf Unterhalt für die Geistliche, nur die Observanz, und diese nicht allgemein, bestimmt zum Unterhalt den zehenten Theil der Feldfrüchte. d) Der Zehent ist eine sehr ungleiche Abgabe, die nicht von allen, und nicht mit gleicher Leichtigkeit, wegen ungleicher Frucht-

barkeit des Bodens, gegeben wird. e) Die Zehentlast erstickt den Muth zur Kultur, und f) sowohl den Wohlstand, als sogar die Vermehrung des Landvolkes. g) Die Zehentabgabe ist endlich mit vielen schlimmen Folgen selbst für die Pfarrer verbunden.

§. 66.

Die Freunde der Zehentaufhebung wollen, daß man den Pfarrern auch die Oekonomie abnehmen soll, und zwar:

1) Weil des Pfarrers Beruf und Litteratur, wegen minderer Zerstreung, dabei gewinnen würden. 2) Es würde ihm auch keine Kollision seine Autorität Zutrauen, Unabhängigkeit und nothwendige Freimüthigkeit rauben. 3) Sein Charakter würde nichts Rohes an sich nehmen. 4) Mehrere gute Subjekte würden Pfarren suchen, da jetzt gute, aber arme wegen Mangel an Geld keine ökonomische Pfarr antretten können, und auch aus Furcht großer Zerstreung nicht antretten wollen.

Es ist aber diesen Gründen entgegen, a) daß auf diese Weise nur in Baiern mehr als tausend Oekonomien zum Schaden der Kultur, der Dienstbothen, der Tagelöhner, der Handwerksleute auf einmal unthätig würden. b) Die Bauern könnten

solche Oekonomien nicht mit Nutzen auf sich nehmen. c) Eine landesherrliche Administration würde kostspielig seyn, und nichts besser machen, wie die Erfahrung von der ehemaligen Jesuitengüteradministration beweiset. d) Auch Verpachtung an Innländer oder Ausländer würde vielleicht den Pächtern, aber nichts dem Lande oder den Pfarrern nützen. e) Wie viele höchst anziehende Kulturbeispiele würden dadurch verloren gehen? f) Ein Pfarrer ohne Oekonomie müßte auf alle Hospitalität, und auf Unterstützung der Armen, Kranken und Unglücklichen Verzicht thun. g) Oekonomie ist für Leib, Geist und Ehre des Pfarrers die passendste Erholung. Er wird dadurch so wenig Bauer, als es der ökonomische Edelmann nicht wird. Sie arbeiten nicht selbst mit; sie leiten die Arbeit. h) Ohne Oekonomie wird der Pfarrer von den Bauern entweder äußerst abhängig, oder wenn er alt, krank, arm ist, äußerst elend und hilflos.

§. 67.

Die Geistliche können nicht allein Zehenten, sondern auch andere weltliche Güter durch die gewöhnliche rechtliche Erwerbarten an sich bringen. Unter diese gehört Schenkung, Donatio, welche eine freiwillige, und unentgeltliche Abtretung eines Rechts, oder einer Sache an einen andern ist.

Es giebt eine Schankung, die schon unter den Lebenden, *inter vivos*, und eine andere, die erst nach dem Tode eines Schenkenden, *mortis causa*, wirksam wird. — Eine Schankung unter Lebenden, die mehr als tausend Gulden betrifft, muß, unter der Strafe der Nichtigkeit, in Baiern bei der weltlichen Obrigkeit angezeigt werden. Alsdann ist sie aber auch unwiderruflich, nur zwei Fälle ausgenommen, wenn nämlich dem Schenkenden eine sehr grofse Undankbarkeit widerfährt, oder wenn er nach geschehener Schankung noch Kinder zeugt. *caussa 17. quaest. 4: can. 43. et cap. ult. de Donationibus.* — Eine Kirche erhält das Eigenthum über eine geschenkte Sache, wenn sie die Schankung auch noch nicht angenommen, oder die geschenkte Sache noch nicht in Besitz hat, *l. 23. Cod. de Ss. Ecclesiis.*

Als eine Schankung, die erst nach dem Tode des Schenkenden wirksam wird, wird der letzte Wille angesehen, oder die Anordnung dessen, was Jemand mit seinen Sachen oder Rechten nach seinem Tode erfüllt wissen will. Wenn in dieser Anordnung ein bestimmter Erbe genannt wird, heißt sie Testament. — Weil Thatsachen bewiesen werden müssen, werden Zeugen dazu erfordert, und zwar sieben nach dem bürgerlichen Recht,

aber nach dem Kirchenrecht reicht die Gegenwart des Pfarrers und zweier Zeugen hin, cap. 10. de Testamentis, et Cod. civ. bav. P. 3. cap. 3, §. 2. jedoch nur bei Testamenten der Geistlichen, oder bei solchen, die Vermächnisse zu frommen Zwecken, pia legata, enthalten.

Nicht alle sind fähig, ein Testament zu machen, und zwar 1) sind unfähig die, denen es für immer am Verstande fehlt. 2) Die von Geburt Taube und Stumme. 3) Die Blinde in Hinsicht eines Testamentes. 4) Die Unmündige. 5) Die Leibeigene. 6) Die Verräther des Vaterlandes und die Schuldige der beleidigten Majestät, weil ihr Vermögen zur Strafe confiscirt wird. 7) Die Verschwender, welche unter Administration stehen. 8) Die erklärte Pasquillanten. 9) Oeffentlich erklärte Wucherer, cap. 2. de Usuris in sexto. 10) Die Ketzer außser Deutschland. 11) Die einem Kardinal Gewalt anthun. 12) Die Bettelmönche. — Aber die übrige nun säkularisirte Mönche sind eben dadurch, weil sie aufgehört haben, Mönche zu seyn, fähig ein Testament zu machen. Die päbstliche Dispensation über nicht mehr erfüllbare Gelübde ist daher überflüssig, oder man kann die päbstliche Einwilligung in die Säkularisation als eine stillschweigende Dispensation gelten lassen.

§. 68.

Unfähig, ein Testament anzunehmen, oder Erben zu werden sind a) die Verletzer der Majestät und Verräther des Vaterlandes sammt ihren Söhnen. b) Mitglieder verbotener Gesellschaften. c) Alle Nichtkatholische, die Protestanten in Deutschland ausgenommen. d) Die Bettelmönche, und andere, welche nicht dispensirt, oder nicht säkularisirt sind. Siehe die kurbaierische Verordnung vom 17. Nov. 1803.

Wer erbfähig ist, kann ohne rechtliche, und zwar erwiesene Ursache nicht enterbt werden. So einem widerrechtlich Enterbten steht die Querela inofficiosi Testamenti zu. Er kann nämlich begehren, daß das Testament für ungiltig erklärt, und ihm die Erbschaft überlassen werde. l. 1. 6. 14. ff. de inofficioso Testamento.

§. 69.

In den Testamenten kommen auch Legata, Vermächtnisse, vor. Ein Legat ist die Willensäußerung des Erblassers an den Erben, ein bestimmtes Recht oder Sache, folglich einen Theil von dem, was der Verstorbene hinterlassen hat, einer bestimmten Person abzutreten.

Legata zu frommen Zwecken sind privilegiert, und müssen daher ausgeliefert werden, wenn auch das Testament aus Mangel von sieben Zeugen ungiltig ist, und der Wille des Erblassers nur durch zweien Zeugen, oder ein anderes ächtes Document erwiesen ist. — Doch ist das einzige Zeugniß des Pfarrers oder Beichtvaters, da sie dabei interessirt sind, nicht hinreichend. cap. 4. et 11. de Testamentis, et cod. civ. bav. P. 3. cap. 4. §. 5.

Wenn aber die pia Legata mehr als drei Theile von der Erbschaftsmasse wegnehmen, so tritt *lex falcidia* ein, welches dem Erben erlaubt, soviel von den piis Legatis abzuziehen, bis er den reinen vierten Theil der Erbschaft, *quartam falcidiam*, erhält. Novella 131. cap. 12.

In Baiern wird dieser Abzug nur dann gemacht, wenn die Legata profana nicht dazu hinreichen. Von piis Legatis wird hingegen der vierte Theil für die Arme, *Quarta pauperum*, und nach einer Verordnung von 1803 auch noch ein Theil zum Besten des Schulfondes abgezogen.

Wenn die ganze Erbschaft ein Fideicommiss zum Besten einer Kirche, oder eines andern frommen Zweckes ist, kann der substituirt Erb, *haeres fideiarius*, den vierten Theil, *Quartam Tre-*

bellianicam, aus der ihm vertrauten Erbschaft abziehen, damit er nicht allein den Namen eines Erben, sondern auch einen Nutzen davon habe. §. 3. et 4. Instit. de Fideicommissariis haereditatibus, et ad Senatusconsultum Trebellianum.

§. 70.

Richter in Testamentssachen der Geistlichen war bisher nach gemeinem und baierischem Recht die geistliche und weltliche Obrigkeit miteinander, cumulative. Aber in einer neuen kurbaierischen Verordnung vom 18. Nov. 1803 heisst es: „In Zukunft sollen alle Verhandlungen über Verlassenschaften der Geistlichen als ein bloß weltlicher Gegenstand nur durch die kurpfalzbaierische weltliche Gerichte vorgenommen, und die bisherige Cumulativ nicht mehr gestattet werden.“

Da diese Verordnung auch wirklich zur Execution gebracht wurde, beschwerte sich hierüber das bischöfliche Ordinariat von Regensburg bei dem Reichshofrath, und erhielt am 4. Mai 1804 ein Conclusum, worinn dem Kurfürsten von Pfalzbaiern aufgetragen wird, „das impetrantische Vikariat in dem ununterbrochenen Besitze, sämtliche Verlassenschaften seiner Diöcesangeistlichkeit cumulative mit der weltlichen Gerichtsstelle abzuhandeln,

„deln, — die herkömmliche Kanzlei-Jura, Confir-
 „mations-Taxen, Notariats – und Abschriftsgebüh-
 „ren zu erheben, gegen den im jüngsten Reichsde-
 „putationsschluss bestätigten Besitzstande nicht mehr
 „zu stören“ u. s. w.

Da aber dieses Conclusum auf den Besitz geist-
 licher Curial-Sporteln, der Reichsdeputationsschluss
 hingegen auf Sicherung des eigentlichen Kirchengu-
 tes hinzielt, so kommt die kurbaierische Regierung
 dadurch um so weniger in Verlegenheit, da über-
 das nur geistliche Gegenstände, worunter die Ver-
 lassenschaften der Geistlichen ihrer Natur nach ge-
 wiss nicht gehören, geistlichen Curial-Sporteln ei-
 nen rechtlichen Besitz gewähren können.

§. 71.

Es giebt auch eine Erbfolge ohne Testament,
 Successio ab intestato, welche Kaiser Justinian No-
 vell. 118. aus der Blutsverwandtschaft abgeleitet,
 und nach der absteigenden geraden, und endlich
 nach der Seitenlinie geordnet hat. Wenn keine Bluts-
 verwandte, oder andere, die gesetzlichen Anspruch
 haben, da sind, fällt die Verlassenschaft der lan-
 desherrlichen Kammer, dem Fiscus, zu.

Diese gesetzmäßige Erbfolge scheint sogar manches vor den gewöhnlichen Testamenten voraus zu haben, weil durch letztere die bürgerliche Güter oft in todte, oder auswärtige, oder unwürdige Hände fallen, da hingegen bei der gesetzmäßigen Erbfolge auf die natürliche Verbindung, oder auch auf den Staat, der wegen geleisteter Sicherheit allerdings einigen Anspruch hat, Rücksicht genommen wird.

Es wusten daher auch die Juden, die Griechen, und die alte Deutsche nichts von Testamenten.

§. 72.

Obwohl die Geistliche jeder Erbfolge fähig sind, scheinen sie doch in der Regel von der Nachfolge in Lehengütern ausgeschlossen zu seyn, a) durch das longobardische Recht; II. feud. 21. 26. 30. b) weil sie als Geistliche nicht wohl Kriegsdienste machen können.

Doch ist eine Ausnahme 1) bei einer Gesamtbelehnung, 2) bei uneigentlichen, 3) bei vorbehaltenen Lehen.

§. 73.

Die Geistliche können das, was sie erben, oder sonst als Eigenthum besitzen, wie sie wol-

len, veräußern. Aber Veräußerung von Kirchengütern ist ihnen durch geistliche und weltliche Gesetze verbothen. *caussa 10. quaest. 2. can. 2. et caussa 17. quaest. 4. can. 39. und Novella 1. et 120.* Selbst der Pabst kann keine solche Veräußerungen erlauben. — Der Hauptgrund dieses Verbotes ist, damit der Unterhalt der Geistlichen, der Aufwand zum Gottesdienst, und selbst mittelbar der Staat keinen Schaden leiden.

Aber eben daher trifft dieses Verbot die Veräußerung von geringern Sachen nicht, sondern nur von größern.

Doch wie jede Regel, so hat auch diese ihre Ausnahme, und zwar 1) bei öffentlichen Werken der Barmherzigkeit, 2) bei offenbaren Nutzen der Kirche, bei großer Gefahr der Kirche, oder des Staates. *cap. 8. de rebus Ecclesiae non alienandis.* — Es muß aber so eine Veräußerung jederzeit mit den gewöhnlichen Rechtsförmlichkeiten, *Solennitatibus*, geschehen, nämlich a) mit genauer Prüfung der angegebenen Veräußerungsgründen, b) und mit Einwilligung nicht allein der geistlichen, sondern auch der weltlichen Obrigkeit, *cap. 1. h. t. in sexto et cod. civ. bav. P. 1. cap. 7. §. 42. num. 11. in Adnotationibus.* c) Wenn bei einer anerkannten Staats-

nothdurft die geistliche Obrigkeit in keine Veräußerung von Kirchengütern einwilligen wollte, könnte der Staat für sich allein so eine Veräußerung vornehmen, weil zwar die Kirche, aber nicht der Staat, ihre wesentliche Subsistenz ohne äußerliche Mittel erhalten kann. Doch müßte der Staat in einem solchen Nothfalle zugleich für den nothwendigen Unterhalt der Geistlichen sorgen.

§. 74.

Die Zurückweisung einer der Kirche zugedachten Erbschaft ist keine verbotene Veräußerung. Denn 1) was nur zugedacht, und noch nicht angenommen ist, gründet im rechtlichen Sinne kein unveräußerliches Eigenthum. 2) Der Vorsteher der Kirche kann ja auch auf wirkliches Recht der Kirche, wenn er gute Gründe hat, Verzicht thun. 3) Bei einer reichen Kirche ist eine solche Zurückweisung weder der Geistlichkeit, noch dem Gottesdienste schädlich, dem Staate hingegen nützlich. 4) Zeitliche Erwerbungen der Kirche müssen allemal mehr eingeschränkt, als ausgedehnt werden, l. 28. ff. de verborum significatione.

Uebrigens bleibt eine wahrhaft verbotene Veräußerung allzeit ungiltig. Daher muß das Veräußerte wieder zurückgestellt werden, und jene,

die an der Veräußerung Theil haben, werden nach dem Kirchenrecht verschiedenen Strafen unterworfen. Extravag. un. de rebus Ecclesiae non alienandis.

In Baiern werden, um dergleichen unerlaubte Veräußerungen zu verhindern, die Kirchenrechnungen auch dem Pfarrer vorgelegt, und die Zechschreine mit dreien Schlüsseln geschlossen, wovon einen der Pfarrer, einen der Beamte, und einen der Kirchenprobst in Händen hat.

Von geistlichen Gerichtshändeln.

§. 75.

Die Kirche kann über geistliche Gegenstände rechtliche Bestimmungen machen. Wenn nun darüber Streitigkeiten entstehen, oder gar Verletzungen derselben vorkommen, muß Recht gesprochen, und die freiwillige Uebertreter müssen gestraft werden. Dazu wird ein Richteramt, eine Gerichtsbarkeit, ein geistliches forum erfordert.

Eigentliche Gegenstände der geistlichen Gerichtsbarkeit sind nur die ganz geistliche, welche sich unmittelbar auf Religion und Gewissen beziehen. Ueber andere Gegenstände hat die Kirche bisher nur aus Nachsicht der Fürsten Recht gesprochen, z. B. über Asyle, Testamente u. s. w.

Vorwände, immer mehrere Vorfälle zur geistlichen Gerichtsbarkeit zu ziehen, wurden nach und nach sehr viele erdacht, z. B. a) die Sünde und die daraus fließende Pflicht, den Sünder bei der Kirche anzugeben, *Denunciatio evangelica*, wovon cap. 31. de *Judiciis* ein merkwürdiges Beispiel vorkommt. b) Die, auch von einem weltlichen Richter, nicht geleistete, oder wenigstens verzögerte Gerechtkeitspflege, wenn nur der Kläger darüber zu Rom einen Eid ablegte. c) Alle mit einem Eide bekräftigte Verträge oder andere rechtliche Handlungen. Dieses wurde so übertrieben, daß man in Portugal sich gezwungen fand, alle Verträge und Handlungen, denen ein Eid beigefügt wurde, für ungiltig zu erklären. Siehe *Gmeiners Kirchenrecht II. Th. S. 251.* — d) Das Sakrament; daher die Sponsalien und Ehesachen. e) Die Verbindung einer weltlichen Sache mit einem geistlichen Gegenstande, z. B. Patronatssachen, Zehentstreitigkeiten u. s. w.

In der ersten Kirche blieben die geistliche Richter bei ganz geistlichen Gegenständen. — In weltlichen Sachen wurden sie bisweilen als Schiedsrichter, *Arbitri*, von den Christen aufgerufen, die sich dann einem solchen Urtheile freiwillig unterwarfen. Dieses geschah 1) um die Heiden nicht

zu ärgern, und nicht bei ihren Göttern schwören zu müssen. 2) Die christliche Liebe zu erhalten. 3) Geld und Zeit zu ersparen. 4) Es wurde die Streitsache auch mit mehr Zutrauen und Gewissenhaftigkeit vorgetragen, und vom geistlichen Schiedsrichter väterlich entschieden.

Diese Art Processe zu führen, und zu entscheiden, welche selbst von den christlichen Kaisern bestätigt wurde, wäre noch heute zu wünschen. Wenigst sollen die geistliche Richter dieses aus der Uebung gekommene Schiedsrichteramt durch öftere Einleitung des Processes zu einem gütlichen Vergleich zu ersetzen suchen, wie es die kurbaierische Regierung selbst bei weltlichen Richtern wünschet in einer Verordnung vom 17ten Jänner 1800.

Aber eben durch dieses Schiedsrichteramt wurden die geistliche Richter mit dem römischen bürgerlichen Recht, wovon sie manche Anwendung machten, bekannt, und endlich wurde im zwölften Jahrhundert durch den vielwirkenden Einfluss der Universität zu Bologna die ganze bürgerliche Gerichtsordnung, jedoch mit einigen Verbesserungen, in das *forum ecclesiasticum* eingeführt, und so eine eigene geistliche Proceß- und Gerichtsordnung begründet, vide cap. 11, de Probationibus.

§. 76.

Zum geistlichen Gericht sollen nur geistliche Fälle, und folglich nur Rechtshandel über geistliche Gegenstände, und eben so nur geistliche Verbrechen gebracht werden.

Ein geistliches Verbrechen ist die freiwillige Uebertretung eines Kirchengesetzes. — Da aber Kirchengesetze nur für jene verbindlich seyn können, die Mitglieder der Kirche sind, so kann Unglaube, oder der Zustand eines Nichtchristen, infidelitas, nicht unter die geistliche Verbrechen gezählt werden. Es ist daher Beleidigung, wenn man a) z. B. Juden zur Bekehrung, oder wenigst zur Anhörung christlicher Predigten mit Beihilfe des weltlichen Armes zwingt. b) Wenn man ihnen ihre Kinder entführt, um dieselbe taufen zu können. c) Wenn man ihnen beim Tode keinen Geistlichen ihrer Religion zuläfst. — Das nämliche versteht sich auch von Heiden und Muhametanern.

Unter die eigentlich geistliche Verbrechen gehören 1) die Apostasie, Abfall vom Glauben, folglich Verletzung des Taufbundes. Die Abfallende werden gestraft, wie die Ketzer. Zur Apostasie wird auch der Abfall vom geistlichen oder vom klösterlichen Stande gezählt. 2) Die Ketze-

rei, oder hartnäckige Vertheidigung eines dem katholischen Dogma widersprechenden Satzes. — Die viele Strafen der Ketzerei, welche im Kirchenrecht Tit. de Haereticis vorkommen, sind in Deutschland seit dem Religions- und westphälischen Frieden, wenigst in Hinsicht der Protestanten, ohne Wirkung. 3) Die Spaltung, oder freiwillige Trennung von der Einheit der Kirche in Glaubens- oder Disciplinsachen. Die Strafe dieses Verbrechens ist die grössere Excommunication mit allen ihren Folgen, cap. 1. et 2. de Schismaticis. 4) Die Blasphemie, Gotteslästerung, oder positive Verachtung der Gottheit oder dessen, was auf die Gottheit Beziehung hat. Das Kirchenrecht straft geistliche Blasphemanten mit der Deposition, und weltliche mit einer öffentlichen Buße sieben Sonntage nacheinander, cap. 2. de Maledicis. — Die weltlichen Rechte drohen mit Strafe an Leib und Leben. Aber neuere Schriftsteller wollen nur willkührliche Strafen eintreten lassen, wenigst in dem Falle, wenn der Blasphemant Gegenstände einer von der seinigen verschiedenen Religion z. B. ein Jud Christum lästert, weil eine solche Blasphemie mehr eine Beleidigung, eine Injurie gegen die christliche Gesellschaft und ihren angenommenen Religionsbegriff, als gegen die Gottheit selbst ist. Feuerbach Lehrbuch des peinlichen Rechts §. 306. Gießen 1805.

5) Meineid, Perjurium, ein öffentlicher widerrechtlich abgelegter, oder gebrochener Eid. — Die Mannoniten - Versicherung bei Mannenwahrheit ist kein Meineid, weil sie durch einen Reichsvisitationsschluss vom 13. Octob. 1768 an Eidesstatt angenommen worden ist. — Der Grundsatz des Kirchenrechts: omne Jusjurandum servandum est, quod salva salute aeterna servari potest, kann einen erzwungenen Eid nicht gültig machen, weil das entgegengesetzte Axiom: Juramentum sequitur naturam actus, cui adponitur, sich in der Vernunft gründet. can. 19. causa 22. quaest. 4. — cap. 18 et 23. de Jurejurando. — cap. 28. h. t. — cap. 8. 15. 29. eod. tit.

Der Reinigungseid, Juramentum purgatorium, ist zwar an sich kein Meineid, kann aber leicht dazu verleiten, und ist überhaupt eine unsichere Beweisart; denn a) so ein Eid ist der Beweis eines Einzelnen für seine eigene Unschuld. Das Zeugniß eines Einzelnen macht aber weder in civilibus und noch weniger in criminalibus einen gerichtlichen Beweis. b) Die fünf Compurgatores, die das Juramentum credulitatis ablegen sollten, machen den Reinigungseid nicht kräftiger. cap. 5. de adulteriis. c) Der Reinigungseid ist gleichsam eine Folter des Geistes, und daher eben so zwecklos, wie die Folter des Körpers. d) Dieser Eid scheint nur

erfunden worden zu seyn, um Verbrecher vom Stande der Tortur des Körpers zu entziehen: — vide Titulum de Purgatione canonica.

Strafe des Meineides ist nach der Carolina art. 68. Infamie nebst Abhauung zweier zum Meineid mißbrauchten Finger. — Nach dem Kirchenrecht werden meineidige Geistliche mit Deposition, Laien aber 40 Tage hindurch mit Wasser und Brod gestraft. can. 18. causa 6. quaest. 1.

6) Kirchenraub, Sacrilegium, die Entwendung einer geistlichen Sache aus einem geistlichen, oder profanen Orte, oder einer profanen Sache aus einem geistlichen Orte. — Im weiteren Sinne ist Sacrilegium, jede Vergreifung an geistlichen Personen, Sachen und Oertern. — Nach der Carolina wird die Entwendung einer Monstranz samt der Hostie mit dem Feuer, und andere Sacrilegien mit einer andern Todesart, die der Richter zu wählen hat, gestraft, art. 171. et 172. — Das Kirchenrecht straft Sacrilegien mit der Excommunication. cap. 27. de sententia Excomm. 7) Alle Gattung von Zauberei, Magia. Dieses einst so fürchterlich geglaubte Verbrechen ist an sich eines der geringsten, weil der Grund davon mehr in einer verderbten Phantasie, als in einem bösen Willen liegt. can. 12. causa 26. quaest. 5.

Zur Magie wird auch alle Gattung von abergläubiger Wahrsagerei, Divinatio, gezählt.

8) Simonie, Ambitus ecclesiasticus, widerrechtliche Ertheilung, oder Bewerbung um ein geistliches Amt, oder eine andere geistliche Sache.

Das römische bürgerliche Recht straft die widerrechtliche Bewerbung um ein geistliches Amt mit Wiederabsetzung und Infamie. l. 31. cod. de Episcopis et Clericis. — Das Kirchenrecht verhängt die Excommunication, und zugleich die Cassation der ganzen Verhandlung. cap. 2. de Simonia.

9) Die Lesung der verbotenen Bücher kann heut zu Tage wegen obwaltender Pressfreiheit nicht so sehr an sich, als durch eine bewiesene böse Absicht zum Verbrechen werden.

§. 77.

Die Strafen, womit die eben angeführte geistliche Verbrechen belegt werden, sind verschieden.

Die wichtigste und größte Strafe in der Kirche ist die Excommunication, oder die Verweigerung der kirchlichen Gemeinschaft, und der damit verbundenen Rechte.

Die kleinere Excommunication schließt von der kirchlichen Gemeinschaft nicht ganz aus, son-

dern nur von gottesdienstlichen Handlungen, z. B. vom Abendmahl, vom gemeinschaftlichen Gebet, von Besuchung der Kirche u. s. w.

Die grössere Excommunication hingegen schliesst ganz von der kirchlichen Gemeinschaft aus, und benimmt alle Rechte, die aus derselben fliessen, und zwar solange, bis der Verbrecher Buße thut, und dann wieder in die kirchliche Gemeinschaft aufgenommen wird. Es ist also die Excommunication nie eine tödtende, sondern jederzeit eine heilende Strafe, *poena medicinalis*. — Eben daher ist die sogenannte *Excommunicatio latae sententiae*, die man sich sogleich bei Begehung des geistlichen Verbrechens, und ohne vorhergegangene richterliche Untersuchung zuzieht, nicht zu dulden. Denn a) sie ist wider den Geist unsers Religionsstifters, der die Ausschließung von der Kirche erst nach geschehener dreimaliger Ermahnung zuließ. Matth. 18. b) Die erste Kirche wollte das nämliche. c) Selbst das Tridentinum dringt wenigstens auf eine zweimalige vorübergehende Erinnerung. sess. 25. cap. 3. de de Reform. d) Wie kann man denn Jemanden strafen, dessen Verbrechen nicht untersucht worden ist? e) Und wie können Unstudirte alle *Excommunicationes latae sententiae* wissen, die sich schon auf mehrere Hunderte belaufen, und durch neue päpstliche Bullen immer vermehrt werden?

§. 78.

Eine andere schwere Kirchenstrafe ist das Interdict, oder die gänzliche Verbiethung öffentlicher geistlicher Verrichtungen. So ein Verbot kann sich über ein ganzes Land, oder über eine Stadt, oder sonst über eine Communität ausdehnen. — In der ersten Kirche waren Interdicte so selten, als die Excommunicationen. Von allgemeinen, über ganze Länder sich ausdehnenden Interdicten wuste man bis zu Ende des eilften Jahrhundert nichts.

Pabst Innocenz III. war ein großer Freund dieser soviel Unheil stiftenden Strafe, die 1) Unschuldige mit Schuldigen trifft; 2) durch Aufhebung des Gottesdienstes und der christlichen Lehre alle Beweggründe zur Moralität aufhebt; 3) die Fürsten wider die Kirche, und das Volk wider die Fürsten erbittert; 4) und ganz dem sanften Geiste der Religion widerspricht.

§. 79.

Die Excommunication und das Interdict sind Strafen, die geistliche und weltliche Personen treffen können. Aber Strafen für geistliche Personen allein sind a) die Suspension, oder Entfernung auf einige Zeit vom Amte, oder von der Präbende, oder von beiden zugleich. b) Die Absetzung, Deposition, oder immerwährende Entfernung vom Amte und von der Präbende, jedoch mit Beibehaltung des geistlichen Standes. c) Die Degradation, oder gänzliche Herabsetzung aus dem geistlichen Stande in den weltlichen. — Diese Strafe wird mit vielen Feierlichkeiten vollbracht, an deren Schlusse der degradirte Geistliche dem weltlichen Richter mit der Bitte übergeben wird, denselben mit der Todesstrafe zu verschonen. Pontificale Romanum p. 369.

Dafs aber diese Bitte meistens nur eine Scheinbitte war, hat die Erfahrung bei der Verbrennung des Johann Hufs und anderer Ketzer bewiesen.

Wenn die Geistliche wegen Verbrechen aus dem geistlichen in den weltlichen Stand zurückgesetzt werden können, so könnte ja das auch aus andern vernünftigen Ursachen geschehen. Denn 1) jeder Stand ist seiner Natur nach abänderlich. 2) Das Gemeinwohl kann nicht allein bei Verbrechern, sondern auch bei Unwissenden, bei Heurathlustigen, bei zum geistlichen Stande Gezwungenen, bei einer zu grofsen Anzahl von Geistlichen, u. s. w. die Zurücksetzung in den weltlichen Stand fordern. 3) Die Kirche hat das schon öfter gethan, z. B. bei dem polnischen Prinzen Kasimir, der Mönch und Diacon war, und den im Jahre 1039 Pabst Benedict IX. aus dem geistlichen Stande in den weltlichen, zum Thron und zur Ehe liefs etc. 4) Der weltliche Stand ist ja nicht verächtlich. 5) Der unauslöschliche geistliche Charakter bleibt doch, obwohl ohne fernere Wirkung. 6) Und das Tridentinum sess. 23. cap. 4. will nur, dafs die Geistliche nicht eigenmächtig in den weltlichen Stand übergehen können.

§. 80.

Das Kirchenrecht spricht can. 4. causa 5. quaest. 5 sogar von Torturen, und einige religiöse Orden haben dieselbe auch wirklich in Ausübung gebracht. Doch diese Barbarei, die man als ein Mittel zur Entdeckung der Wahrheit einführte, soll aus geistlichen und weltlichen Gerichten auf ewig verbannt werden. — Denn die Torturen sind zur Entdeckung der Wahrheit a) kein zuverlässiges Mittel, weil man nicht weifs, ob das darauf folgende Bekenntniß Schmerz oder Wahrheit zum Grunde ha-

he. b) Eine stärkere oder schwächere Geistes- oder Körperkonstitution des Angeschuldigten kann bei der Tortur alles ungewiss machen. c) Es kann dadurch der standhafte Schuldige dem verdienten Tode entschlüpfen, da der Unschuldige, wenn er aus Schmerz sich zum Verbrechen bekennet, sterben, und, wenn er sich nicht dazu bekennet, doch viel leiden, und oft ein Krüppel für sein ganzes Leben werden muss. d) Die Römer folterten anfangs nur ihre Knechte. Nachher kam die Tortur zwar auch in die Gerichtshöfe: aber Ulpian sagte doch von ihr l. 1. §. 23. ff. de Quaestionibus: „Etenim res fragilis est tortura, et periculosa, et quae veritatem fallat.“ — Eben so spricht Cicero pro Cluento. e) Das Militär weiß nichts von Tortur. f) In neuern Zeiten wurde sie aus England, Russland, Schweden, Preussen, Oestreich etc. verbannt, wozu der Italiäner Beccaria durch sein Buch von Verbrechen und Strafen viel beitrug. g) Man erkannte, daß es besser sei, wenn zehn Schuldige entrinnen, als wenn ein einziger Unschuldiger durch dieses unzweckmäßige Mittel gemartert, oder gar in den Tod geliefert wird. h) Nur unwissende, oder nachlässige Richter konnten jemals Freunde der Tortur seyn.



Michl, Anton,

Kurze Uebersicht des katholischen Kirchenrechts zum Gebrauche bey
Vorlesungen bis zur Herausgabe eines ordentlichen Lehrbuches

Bd.: 2

Landshut 1805

Bamberg, Staatsbibliothek -- J.e.o.81-b#2
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11705377-2